

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Schmelz- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Püger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Hölzler, Hefenleger, Ofensetzer, Steinholz- und Zerkleinerer

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsabonnementspreis 1.- RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluss des Ablasses Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Bauergewerksbund

Berlin SW 68, Gretebichstr. 5-6, Fernspr.: 27 0360/61, 6240, Postk. d. d. Berlin 65232.

Postkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Postfach Baumgartenstr. 2, Berlin. Geschäftsangelegenheiten nach Berlin durch Werba, Berlin SW 11.

Nachlese zum XIV. Gewerkschaftskongress.

Über den imposanten Verlauf des XIV. Gewerkschaftskongresses haben wir im vorigen „Grundstein“ berichtet. Er bot vom Anfang bis zum Schluss ein Bild seltener Einmütigkeit. In sachlichster Weise hat er seine Tagesordnung erledigt und wichtige, wohlüberlegte Beschlüsse gefasst. Auch die großen öffentlichen Kundgebungen in Frankfurt und Mainz standen auf bemerkenswerter Höhe.

Mit diesem Verlauf des Kongresses sind selbstverständlich unsere Gegner nicht einverstanden. Was vor, während und nach dieser Tagung von den zahlreichen Widersachern der freien Gewerkschaften dazu geschrieben worden ist, zeigt die sture Abneigung und den unbändigen Haß, den unsere Gewerkschaftsbewegung in allen Lagern ihrer zahlreichen Gegner und Feinde ausgeht. Bemerkenswert ist, daß ihr einziger Freund, die sozialdemokratische Presse, den Verlauf und das Resultat dieses Kongresses in durchaus zustimmender und freundlicher Weise besprochen hat. Steigen wir jedoch in die unteren Tiefen des enkankerten und verrotten deutschen Journalismus, so finden wir selbstverständlich Kübel von Unrat, die mehr mit Haberfüller und sogar brüllender Leidenschaft als aus irgendwelcher Überzeugung über diesen Kongress geleert worden sind. Bei dem heißen Bemühen, den unbefriedigbar glänzenden Verlauf dieses Kongresses zu verkleinern, steht die deutsche Volkswirtschaften selbstverständlich an erster Stelle. Eine hin und wieder sachliche — wenn auch unfreundliche — Behandlung fand der Kongress nur in der „Arbeiterpolitik“ Brandlers. Aber auch dieses Blatt schwang sich zu dem Unsinne auf, zu erklären, der Gewerkschaftskongress sei kein Hammer des Kampfes gewesen, sondern nur eine Kapitulation vor den Unternehmern. Währendere Töne schlugen natürlich an der bolschewistischen Blätter an. So delirierten der „Kämpfer“ und die „Vergische Arbeiterstimme“ in zollhöhen Letztern von einem „Streikbrecherkongress“ in Frankfurt, von einem Selbstmord der „Streikbruchzentralen der freien Gewerkschaften“. Der „Kämpfer“ bemerkte außerdem, die Leipziger, Eggert und Co. seien bei den Nationalsozialisten in die Lehre gegangen, sie hätten demagogische Reden gehalten. Das sei ganz besonders frech. Auch das Papier der A-G-Blätter, der „Pionier“, schnaufte von einem Kongress der Lohnabbaugewerkschaften. Das Blatt hat ganz gewiß die Tätigkeit der A.G. in bolschewistischen Zeitungsbetrieben und sonstwo mit diesem Gewerkschaftskongress verwechselt. Allen vorauf stand aber bei den bolschewistischen Begeisterungen des Kongresses unbestritten die „Rote Fahne“. Sie behauptete, der Kongress bewege sich auf den Spuren Mussolinis, im Kielwasser des Faschismus. Das Blatt sahete ferner von einer Kapitulation des Kongresses vor der Schlichtungsdiplomatie, von seiner Angst vor der „Abrechnung“ durch die werktätigen Massen, von „Würgellosigkeit und Knechtlichkeit“ gegenüber der Brüning-Regierung. Man habe das Knie gebeugt vor Stegerwald. Zwischen diesen Begeisterungen, die allerdings noch lindes Zephrifäuseln bedeuten gegenüber sonstigen saftigen Anzweiflungen, die wir weiter unten zum besten geben, wogte natürlich der bekannte bolschewistische angeführte Gügenlatat, zurechtgemacht zu dem Zwecke, die Gewerkschaftsvertreter auf dem Kongress in Frankfurt der staunenden Mittelwelt als vollendetste Schensale erscheinen zu lassen. Das Blatt kalkuliert richtig, denn heutzutage ist nichts so dumm, als daß es nicht sein gläubiges Publikum fände. Nur ein Beispiel: Da stand in der „Rote Fahne“ vom 3. September — und das übrige bolschewistische Zeitungsgewerkschaften schrie es bis zur Bewußtlosigkeit nach — unser Kollege Bernbard haben den „Raub“ der Erwerbslosenunterstützung vor-

geschlagen. Jeder unserer Kollegen weiß, daß unser Kollege Bernbard einen solchen blödsinnigen Vorschlag unmöglich gemacht haben kann. Aber die Volkswirtschaften knauschte an diesem Wissen mit großem Behagen herum, und so lasen wir auch schon an gleichen Tage in der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ und sonstwo den von einem bolschewistischen Schmoda erhobenen „Vorwurf“. Es hieß da:

„Die vollständige Verjüngung und faschistische Einstellung enthalten auch die Ausführungen Bernhards, Berlin, der erklärt: Das Privatkapital habe früher Wohnungen gebaut, in denen kein dem Staate nützlich Familienleben aufkommen konnte. Jetzt aber habe man sonnige und lustige Wohnungen, die Kinder brauchen nicht mehr auf den Straßen zu spielen, sondern hätten schöne und lustige Spielplätze durch die sozialdemokratische Tätigkeit. Er fordert: Die Mittel, die für die Arbeitslosenunterstützung gegeben werden, in Darlehen umzuwandeln und diese Mittel für den Wohnungsbau zu verwenden.“ Das bedeutet den Raub der Arbeitslosenunterstützung.

Wir haben im vorigen „Grundstein“ die Rede unseres Kollegen Bernbard nach dem stenographischen Bericht wiedergegeben. Wir wiederholen, was er in dieser Richtung wirklich gesagt hat:

„Man hat in den letzten Jahren allerlei Vorschläge gehört, wie man bauen könne und woher die Mittel dazu genommen werden könnten. Einer der letzten Vorschläge

Erfolge der Gewerkschaften.

Wie immer die Lebenshaltung der Arbeiter sich entwickeln mag, die Gewerkschaften werden sie stets auf einem höheren Niveau halten, als sie sonst einnähmen. Sie bewirken bei allgemein steigender Lebenshaltung, daß diese für die organisierten Arbeiter rascher steigt; bei allgemein sinkender Lebenshaltung, daß sie für die organisierten Arbeiter langsamer sinkt, als es sonst der Fall wäre. Das sind die Erfolge der Gewerkschaften in bezug auf die Lebenshaltung der Arbeiter. Diese Erfolge erzielen sie unter allen Umständen, und sie allein schon machen die Gewerkschaften unentbehrlich für die Arbeiterklasse. Ja, man möchte fast sagen, unentbehrlicher noch in den Zeiten absteigender als in Zeiten aufsteigender Lebenshaltung, unentbehrlicher in den Zeiten der Krise, der Arbeitslosigkeit als in Zeiten der Prosperität, wenn Arbeiter gesucht sind und auch der einzelne seine Bedingungen stellen kann.

Karl Kautsky.

stammt aus Steffin, und ich wäre dem Herrn Referenten sehr dankbar, wenn er im Schlusswort seine Meinung dazu sagen würde, ob es denkbar ist, daß wir in der allernächsten Zeit die sonst für Arbeitslosenunterstützung ausgegebenen Mittel in Darlehen an die Gemeinden umzuwandeln und daß dann mit diesen Darlehen gebaut wird. Selbstverständlich müßten die produktiv schaffenden Darlehen amortisiert werden. Das Wichtigste bei unserer ganzen Arbeit muß sein, Arbeit für die Arbeitslosen zu beschaffen. (Sehr richtig!) Es ist gar keine Frage: Ohne öffentliche Mittel gibt es keinen Wohnungsbau, wenigstens keinen Wohnungsbau für die Arbeiterbevölkerung, das heißt mit tragbaren Mieten. (Sehr wahr!)

Das hat Kollege Bernbard gesagt und nichts anderes. Was die Volkswirtschaften daraus zurechtgedreht hat, haben wir geigt. Doch kehren wir zu den Schmuckkubeln der „Rote Fahne“ zurück. Besonders empfindsame Leser bitten wir, sich bei den nun folgenden Ergüssen aus diesem Walle die Nasen zuzubehalten. Die „mildere“ Tonart aus der „Rote Fahne“ haben wir bereits zitiert. Ergänzt sei noch, daß dieses Blatt auch erklärt hat, die Vertreter der freien Gewerkschaften kröhen auf dem Kongress vor dem Kapitalismus im Dreck, sie seien feige Opportunisten und Sozialfaschisten, Hitler werde seine helle Freude an diesen „Helfershefchen“ haben. Doch nun zu den Tönen, mit der Zange aufgeschliffen aus der sinkigen Gasse des „zielsicheren Leninismus“. Wir

haben bereits zur Genüge nachgewiesen, daß man bei der Volkswirtschaftenpresse eine sachliche Beurteilung über die Verhandlungen und die Ergebnisse des Gewerkschaftskongresses unmöglich erwarten kann. Wir wissen, daß die „Saupartamente“ dieses enkankerten Papiergeschmeißes Schimpfereien niederster Art sind. So keifte und delirierte die „Rote Fahne“ in ihren Berichten, der Gewerkschaftskongress bestände aus einer Bande von „Lohnräubern“, aus „Verbrechern und Lohnraubbanditen“. Sie nannte den Kongress einen Kongress von „Bonzen“, obwohl dieser Kongress durch das freie Wahrecht aller Gewerkschaftsmitglieder zusammengesetzt war. Sie schimpfte über „Schurkische Führer“, „verräterische Präzedenzsetzer“ und „verbrecherisches Gesindel“. Das sind echt „marxistische“ Töne, entausen während des Gewerkschaftskongresses dem geifernden Schlund der „Rote Fahne“. Nach diesem Papier werden nämlich die gesellschaftlichen Zustände durch einzelne Menschen, nicht etwa durch die Produktionsverhältnisse bestimmt. Das ist eben „echter, unverfälschter“ Marxismus. Selbstverständlich kehren die schon genannten Schmeicheleien in der „Rote Fahne“ tagtäglich in den verschiedensten Variationen wieder. Immer wieder las man über „verruichte reformistische Führer“, einmal sogar über einen „räuberischen Feldzug gegen das letzte Stück Brot der Werktätigen“ auf diesem Kongress. Und immer wieder wurde mit Wutgebrüll hinausgehupft, mit diesen „Lakaien der Bourgeoisie“ müsse endlich Schluss gemacht werden. Doch hören wir einmal, nachdem die Volkswirtschaftenpresse mit hysterischer Empyrie die Delegierten des XIV. Gewerkschaftskongresses immer wieder bezichtigt hat, der Kongress sei bei den Nationalsozialisten in die Lehre gegangen, was denn die Nazipresse selbst zu diesem Kongress zu sagen hat. Und da hören wir — o Wunder! — ganz die gleichen „lieblichen“ Schmalenklänge. Wir zitieren nur den „Angriff“ des Dr. Goebbels vom 2. September:

„Die Gewerkschaften und die SPD. haben reiflos vor dem System der Rotterordnungen und der Diktatur des Geldsacks kapituliert. Die Bonzen des A.G.B. haben den Zusammenbruch, der lassen den Genossen Larnow feststellen, daß die Wirtschaft einem Tollaufe gleiche — aber stolz bräuen sie sich, wie Genosse Leipart sagte, es sei gewerkschaftliches und sozialdemokratisches „Verdienst“, dem Nationalsozialismus durch die Selbstpreisgabe aller Forderungen und jeder Spur von Weltanschauung bisher den Aufstieg erschwert (aber nicht verhindert) zu haben. . . . Opposition! Worte, billig wie Blaubeeren im Sommer. . . . Der Posten als Bonze ist angenehm. Aber vielleicht in einer anderen Front neu anfangen, kämpfen müssen! Unmöglich. Sie sind alt, verkalkt, vergriffen. Es gibt nur eine Konsequenz aus dem Bankrott der SPD.-Gewerkschaften: Internationale Verbände des marxistischen Klassenkampfes taugen eben nicht zur Durchsetzung sozialistischer Forderungen der deutschen Arbeiter, am wenigsten durch Kompromisse mit dem Geldsack. Verpöndelt, verpöndelt eure Anstrengungen, Parteigenossen! Wieder mit dem Marxismus (also doch marxistische Gewerkschaften? Red.), der uns verriet — hoch das Banner des Sozialismus und der Nation!“

Dieser Erguß ist zwar blühender Quatsch, aber wir erkennen daran, daß sich das „edle“ Brüderpaar Volkswirtschaften- und Nazipresse bei der Beurteilung und Beschimpfung dieses Gewerkschaftskongresses in frauem Verein gerührt in den Armen liegen. Beide „Richtungen“ lassen kein gutes Haar an diesem Kongress. Beide „Richtungen“ sind vollkommen überzeugt davon, daß dieser Kongress eine „große Weisheit“ war und „Arbeiterverrat“ dort sein Unwesen trieb. Immerhin sei festgesetzt, daß die Schimpfkubel in der Nazipresse im Gewicht und im Inhalt doch nicht heranzureichen konnten an die schmerzigen Jauchefässer der bolschewistischen Presse. . . .

Doch nachdem nun einmal von Nazis und Kozis behauptet worden ist, der Gewerkschaftskongress habe nur im Interesse und zur Stützung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gehandelt, in diesem Sinne geredet und Entschlüsseungen angenommen, wollen wir doch einmal hören, was denn eigentlich die Unternehmer zu diesem Kongress zu sagen haben. Die „Rote Fahne“ behauptete ja, die auf dem Kongress angenommenen Entschlüsseungen bedeuteten ein Rettungsprogramm für die Unternehmer. Deshalb wollen wir einmal untersuchen, was denn nun die Unternehmerrapresse zu diesem „Rettungsprogramm“ zu sagen hat. Dabei müssen wir zum Leidwesen aller Nazis und Kozis feststellen, daß sogar die gemäßigtere bürgerliche Presse mit scheelen Augen auf diesen Kongress gesehen hat. So gesteht der „Völkischen Zeitung“ die Einseitigkeit auf diesem Kongress ganz und gar nicht. Sie erzählt, sie hätte gewünscht, daß für diesen Kongress keine Mehrheitswahl hätte ausschlaggebend sein sollen, sondern der Proporz, dann „wäre der Kongress viel weniger friedlich verlaufen“. Und die schwerindustrielle „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ erzählt, Stegerwald mußte sich von Leipzig eine sehr wenig taktvolle Affäre gefallen lassen. Sie nannte am 6. September den Kongress eine „impotente Negation“ und sagte:

„Der Gewerkschaftskongress in Frankfurt ist sich der Verantwortung, die in dieser furchtbaren Lage des deutschen Volkes steht, nicht bewußt gewesen. Wenn man den ungeheuren politischen Einfluß der sozialistischen Gewerkschaften mit dem vergleicht, was sie in Frankfurt an Verantwortung und Ideen zeigten, dann ist man erschrocken... Diese rücksichtlosen Taktiker des legalistischen Klassenkampfes — das also sind die Männer, denen in den letzten 12 Jahren in allererster Linie das Schicksal des deutschen Volkes anvertraut war... Man darf dort fort, wo man in Hamburg aufgehört hatte... Der „Erbschind“ bleibt der deutsche Unternehmer. Gegenüber der von Stegerwald als unermesslich groß anerkannten Widerstandskraft der deutschen Wirtschaft nur jene rein verneinende, gehässige, von persönlichen Verunglimpfungen strömende Kritik, die Bismarck bei den Sozialisten seinerzeit die „impotente Negation“ genannt hat.“

So die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“. Noch ein anderes Scharfmacherblatt sei erwähnt, die Berliner „Börsen-Zeitung“. Unwirsch bemerkt dieses Blatt, es heiße bei den Gewerkschaften „immer zu forbern, aber nicht nachzudenken“. Das Blatt spektakel, man habe auf diesem Kongress mit dem Bürgerkrieg gedroht. Die Forderungen der Gewerkschaften seien unvereinbar mit den Lebensnotwendigkeiten einer gesunden Wirtschaft. Wörtlich heißt es:

„Anstatt am Aufbau schädlicher und überflüssiger Einrichtungen mitzuwirken, schätz der Kongress der freien Gewerkschaften Entschlüsseungen, deren Befolgung die Wirtschaft noch stärker lähmen, eine ausichtsreiche Bekämpfung

der Arbeitslosigkeit unmöglich machen, endlich das Vertrauen in die Stabilität der öffentlichen Finanzen lähmen, die eine wichtige Voraussetzung für das Erreichen des Unternehmenszweckes ist, vollends erschüttern müßte... Es ist bedauerlich, daß diese Führer sich in Frankfurt so wenig faaas männlich und wahrheitsliebend gezeigt haben. Millionen ihrer Anhänger haben das nicht verdient, und es wäre völlig überflüssig, durch diese Reden wieder dem primitivsten Radikalismus Wasser auf die Mühlen zu leiten...“

So sehen wir in gleichem buntem Reigen die Unzufriedenheit und gehässige Lästerung dieses Gewerkschaftskongresses in der bolschewistischen, in der nationalsozialistischen und in der unternehmerlichen Scharfmacherpresse. Man könnte diese Zitate beliebig vermehren. Und man könnte sie aus einem dieser Blätter dem anderen ruhig einfügen, die Leser würden nichts merken und man würde immer wieder finden, daß dieses so verschieden gefärbte Trifolium sich nur gegenseitig die Wälle zuwirft, um den einzigen ernsthaften Feind der unternehmerlichen Scharfmacher in den Dreck zu treten. Von weit links bis weit rechts hören wir in allen Abfaltungen das Anathema gegen die freien Gewerkschaften, vom milden zum ernsthaften, von dort zum zürnenden Vorwurf und bis zum hysterischen und giftgeschwollenen Wutgebrüll der Nazis und Kozis.

Wo liegt denn nun eigentlich die Wahrheit? Sollte unter diesen Umständen nicht manchem aufbäumen, daß all dies gegnerische Geschwätz hoher Theaterdonner, vorächtlicher Phrasendruck und geißlos bides Geschimpfe ist, gemildert durch bodenloses Reid über den harmonischen Verlauf dieses Kongresses? Wenn die unternehmerlichen Scharfmacher in holdem Verein mit Nazis und Kozis diesen Gewerkschaftskongress begeiern und schmähen, faucht da nicht die Gewisheit auf, daß er in seinen Verhandlungen und mit seinen Entschlüsseungen das einzig Richtige getroffen hat? Unsere Kollegen mögen einmal über diese Dinge nachdenken. Soviel steht fest: Einem denkenden Menschen können solche groben, beschimpfenden Glossierungen die Freude an dem Verlauf dieses denkwürdigen Kongresses nicht rauben. Und wenn so viel Feinde aller, aber auch aller Schattierungen vorhanden sind, dann muß doch wohl unsere freie Gewerkschaftsbewegung auf dem rechten Wege sein. Das ist sie in der Tat. Und die Freude am Verlauf dieses Kongresses lassen wir uns nicht rauben; wir werden weiter streben für die Interessen der deutschen Arbeiterkraft durch die freien Gewerkschaften, frei von jedem Phrasendruck, erfüllt von hohem Verantwortungssinn und klarem Auges zusehender dem Ziel, an dessen Ende verheißungsvoll und erlösend der Sozialismus steht, trotz alledem und alledem!

Der freigewerkschaftliche Schutzwall.

Wenn wir diese folge Lebenskrise gebrauchen, dann sind wir uns nichtsbedenklicher doch bewußt, daß dieser Schutzwall leider nicht ein Bollwerk ist, an dem die übergroße Mehrheit der deutschen Arbeiter- und Angestelltenarbeit. Von den fast 30 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland sind nur — einschließlic der Angestellten und Beamten — reichlich 5 Millionen Mitglieder des freigewerkschaftlichen Schutzwall. Auf den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund entfallen 4,3 Millionen. Trotzdem hat dieser Schutzwall, den etwa nur ein Sechstel der deutschen Arbeiterschaft erreicht hat, die gesamte deutsche Arbeiterschaft davon bewahrt, den Ansturm der Reaktion und den Sturmwellen der Wirtschaftskrisen zum Opfer zu fallen. Zwar konnten nicht alle Einbrüche in die soziale und wirtschaftliche Position ertragen werden; aber doch immer hat sehr Wesentliches erhalten geblieben. Noch immer hat die deutsche Arbeiterschaft sehr viel mehr zu verlieren als ihre Ketten! Im Schutze des gewerkschaftlichen Bollwerkes leben auch alle, die indifferente und gleichgültige stille und passive Zuschauer beim Klassenkampf sind. Es wird die Aufgabe der organisierten Arbeiter sein müssen, künftig weit stärker um die Seranzierung der Gleichgestellten und Laizen zur Arbeiterbewegung bemüht zu sein. Was erreicht werden könnte, wenn etwa die doppelte Zahl derer, die heute im ADGB zusammengefaßt sind oder wenn sogar „nur“ die Hälfte der Werkstätten erfasst werden würde, das kann man beim Lesen des Jahrbuchs des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Jahr 1930 ersehen.

Das Jahrbuch des ADGB, beständig zunächst die alle Erfahrung, daß Wirtschaftskrisen den Aufstieg der Gewerkschaften hemmen; es bestatigt auch, daß in der Jahrzehnte Gewerkschaftsbewegung ein erfreulich fester Kern gebildet worden ist, um den sich die Gesamtmitgliedschaft gruppieren. Die schwersten aller bisherigen Krisen mit ihrem ungeheuren Druck auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen und auf die Unterfertigungsleistungen hat nicht zu einer Mitgliederflucht geführt. Wohl ist ein Rückgang eingetreten. Ende 1929 waren im ADGB 4.948.209 Mitglieder vereint, Ende 1930 waren es 4.717.500. Dieser bedauerliche Mitgliederabgang von 230.698 entspricht einem Prozentgang von 4,7. Die Jahresdurchschnittsmittgliederzahl betrug im Berichtsjahr 4.821.832, darunter befinden sich 488.078 weibliche Mitglieder. Der Mitgliederabgang ist zum großen Teil auf das Ausscheiden solcher Mitglieder zurückzuführen, die wegen kurzfristiger Mitgliedschaft noch keine satzungsgemäßen Ansprüche auf Unterfertigungen und sonstige Vergünstigungen erworben hatten und die daher auf die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft durch Abgeben von Erwerbslosenmarken keinen Wert legten. — Unter Berücksichtigung der unentwogenen Angriffe von rechts und „links“ auf die Gewerkschaften kann nicht von einer Ab-

brückelung oder von einer Erschlüftung der Gewerkschaftsfront gesprochen werden. Die Zahl der dem ADGB angeschlossenen Verbände ist gegenüber dem Vorjahre durch Verschmelzung mehrerer Verbände und Ausscheiden der Filmgewerkschaft von 35 auf 31 zurückgegangen. Drei Verbände, nämlich die der Buchdrucker, Metaller und Schornsteinfeger, wiesen eine geringe Mitgliederzunahme auf. Den stärksten Mitgliederverlust hatte mit 16,7 % der Verband der Steinarbeiter, der, wie die Bauarbeiterverbände, besonders hart von der Arbeitslosigkeit getroffen wird. Dann folgen die Metzler mit einem Mitgliederabgang von 13,7 %, weil bei ihnen die Arbeitslosigkeit durch den Konflikt noch besonders verheerend wirkt. Von den Bauarbeitergewerkschaften hatte der Baugewerksbund einen Mitgliederverlust von 5,6 %, der Zimmererverband einen solchen von 5,3 % und der Malerverband 4 %. Den geringsten Mitgliederabgang hatten mit 0,2 % die Lithographen. An der Mitgliederzahl der im ADGB vereinigten Gewerkschaften war unser Bund am Ende des Jahres 1930 mit 482.248 beteiligt. Er ist somit die drittgrößte Organisation im ADGB. Die größte Organisation ist mit 940.875 Mitgliedern der Metallarbeiterverband, ihm folgt der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personal- und Warenverkehrs mit 678.375 Mitgliedern, die vierte Stelle im ADGB nimmt mit 441.292 der Fabrikarbeiterverband ein. Die nachfolgenden Verbände kommen erst im weiteren Abstände.

Wegen der furchtbaren Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern sind die Einnahmen im Jahre 1930 gegenüber 1929 um 19,7 Millionen M zurückgefallen; dagegen sind die Ausgaben um 31,3 Millionen Mark gestiegen. Der Anstieg ist nicht nur auf Mitgliederabgang, sondern auch auf die geringere Leistungsfähigkeit der Mitglieder zurückzuführen, weil ausgesetztere und arbeitslose Mitglieder beitragsbefreit sind. Die Gesamteinnahme aller Verbände des ADGB betrug im Berichtsjahr 231.655.304 M, im Vorjahre 251.385.248 M. Die Solidarität der Gewerkschaftsmitglieder gegenüber ihren arbeitslosen Kollegen kommt zum Ausdruck in der Steigerung der Einnahmen aus Erntebeträgen. Durch Erntebeträge wurden im Berichtsjahr in den ADGB-Verbänden 2.100.084 M eingenommen, gegenüber 1.147.408 M im Jahre 1929. Je Mitglied betrug die Gesamteinnahme an Beiträgen 43,93 M gegenüber 47,36 M im Vorjahre. Entsprechend der schweren Zeit stiegen die Gesamtgaben im Berichtsjahr auf 241.183.391 M. Auch in diesen Jahren findet die Kasse einen Überschuss. Im Jahre vorher erreichten die Ausgaben eine Höhe von 202.944.077 M. Mehr als die Hälfte der Summe, nämlich 51,2 %, wurden für Unterfertigungen ausgegeben. Im Jahre 1929 zahlten die im ADGB vereinigten Verbände an Unterfertigungen 86.793.180 M aus, im Jahre 1930 123.522.713 M; also 30,7 Millionen Mark

mehr. Trotzdem das Jahr 1930, gewerkschaftlich gesehen, hinsichtlich der Tarifbewegungen ein Jahr des Stillhaltens genannt werden kann, ist die für Arbeitskämpfe aufgewendete Summe nur um 3,4 Millionen Mark geringer als im Jahre 1929; rund 10 Millionen Mark wurden für Arbeitskämpfe ausgegeben. Ein großer Ausgabeposten ist die Krankenunterfertigung, wofür im Jahre 1930 insgesamt 22.847.119 M ausgegeben wurden. Diese gewaltigen Summen sind der beste Beweis für das in den Gewerkschaften lebende Solidaritätsgefühl; sie sind auch ein Beweis für die Leistungsfähigkeit der Selbsthilfeeinrichtungen der Gewerkschaften. In der Einleitung der Bundesausgaben des ADGB wird von dem Aufgabenkreis der einzelnen Verbände gesagt: „Solange der Staat und die Gemeinden nicht eine ausreichende Fürsorge für die Erwerbsfähigen, Erwerbsbeschränkten und Erwerbslosen durchgeführt haben, pflegen die Gewerkschaften ihre eigenen Unterfertigungseinrichtungen als notwendige soziale Selbsthilfe“. Die vorstehenden Zahlen geben einen Begriff davon, in wie weitem Maße diese Aufgabe durchgeführt ist. Dabei sind wir uns bewußt, daß mit diesen Leistungen noch nicht das Ziel unserer Bestrebungen erreicht ist. Dies zu erreichen liegt nicht in erster Linie bei den den gewerkschaftlich organisierten, die alles anstreben, was in ihren Kräften liegt, sondern es abhängt von der Bereitwilligkeit derer, die noch den Gewerkschaften fernstehen, künftig in ihnen mitzuarbeiten zu wollen. — Bemerkenswert ist noch, daß die Ausgaben für die Invaliden der Arbeit seit 1929 um 3,7 auf 8 Millionen Mark gestiegen sind. Durch die Invalidenunterfertigung kommt gewerkschaftliche Solidarität wohl am allerbesten zum Ausdruck. Die Gewerkschaften sind besonders in den jüngst verfloffenen Jahren bestrebt gewesen, diesem Unterfertigungszweig ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Im Vorjahre haben nicht weniger als 7 Verbände Invalidenunterfertigungseinrichtungen geschaffen. Alle Ausgaben beträge für Unterfertigungen, vor allem die gewaltige Summe von rund 135 Millionen Mark, die die freien Gewerkschaften für soziale und für Kampfunterfertigungen aufwenden, haben der Stärkung der Kaufkraft der Arbeiterkraft geholfen.

Es ist selbstverständlich, daß die Gegner der Gewerkschaften auch auf diesem Jahresbericht für ihre hinterhältigen Zwecke Kapital schlagen möchten. „Sensationalistische Behauptungen der Bäckerei“, „Massenflucht der Mitglieder“, so und ähnlich schreiben die von Moskau subventionierten „Roten Fahnen“; dabei werden in demagogischer — manchmal auch in kindlich-lächerlicher — Weise, Dinge miteinander verglichen, die nicht vergleichbar sind. Selbst vor Fälschungen schreckt man nicht zurück. Gegenüber den Eintreuen gibt aber die ebenfalls kommunifische Zeitung „Arbeiter-Politik“ zu, daß sich die ADGB-Gewerkschaften im Jahre 1930 trotz der Krise erfreulich gut gehalten haben. Die „Arbeiter-Politik“ verkennt auch nicht „die Kleinarbeit und die Kleinstleistung“, die in den Fingern des ADGB zum Ausdruck kommen. Wenn die „Arbeiter-Politik“ darüber hinaus meint, es läge kein Grund zur Selbstzufriedenheit vor, dann ist dies überflüssig, da jeder Gewerkschafter, ob in der Führung tätig oder nicht, frei davon ist selbst auf die größten Erfolge der Gewerkschaften selbst zu rührenden zurückzublicken. — Wenn unsere „Freunde“ von links über die Gewerkschaftsbewegung herziehen, dann steht nicht weit davon entfernt ihr Verbündeter vom preußischen Volkstumsheide; von ihnen nur eine Stimme. Dem Redakteur der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ sind beim Lesen des Jahresberichts des ADGB die Augen übergegangen. Zweihundertsechzig Millionen Gesamtsumme! „Um sich klar zu machen, daß er nicht mehr in der Infation lebe“, führt er an, daß diese Summe eben so hoch sei, wie die gesamte Einnahme der Deutschen Reichspost in der Zeit eines Rechnungsjahres. Dann fährt die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ fort: „Die Einnahme der Gewerkschaften stellt einen Abstieg am Arbeits-einkommen wirksamen diese Aufhebungen der R-G-Obdolen in den Ohren hinauf! Zum Schmerz der Deutschen Arbeiter-Zeitung sind auch Ausgaben für Presse und Bildungs-zwecke, für Agitation und Organisation gemacht worden, was ihr Streiber „Rampf um die höchst zweckgebundene und sinnvolle, planmäßige Vergütung der öffentlichen Meinung im marxistischen Sinne“ nennt. Rechts und „Links“ findet sich immer wieder zusammen in der Auf-fassung der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“: „Diese Blut-abspaltung (der Gewerkschaftsbeiträge) aus der Lohnseite des kleinen Mannes war nötig, um dem großen Klingen einer einzigen Richtung der Gewerkschaftsbonzokratie durch ein Jahr schwerer Notzeit des Volkes hindurch ein beruhigendes Verwaltungsbild zu ermöglichen.“ Weist vom Weisse der Thalmänner!

Das Jahrbuch 1930 des ADGB, das neben einem Einblick in rein gewerkschaftliche Dinge auch einen guten Einblick in die politischen Kämpfe des Jahres 1930 ermöglicht, vermittelt einen erfreulichen Eindruck von der Größe, von der Stärke und der Kraft, die die Gewerkschaften zu entfalten imstande sind. Wenn es auch schwer ist, einen in diesem Umfang die Gewerkschaften eine noch katastrophalere Auswirkung der Wirtschaftskrisen und Finanzkrise auf die deutsche Arbeiterschaft verheißt haben, so ist doch über alle Zweifel erhaben, daß die Gewerkschaften und die von ihnen geschaffenen Institutionen der Sozialversicherung, der Arbeitsgerichtsbarkeit und andere Einrichtungen, die Wucht der Krise in einem Maße aufgefangen und gemildert haben, das in der Wirtschaftsgeschichte ehrenvoll bestehen und von dem man nur wünschen kann, daß die Erkenntnisse dafür bald allen deutschen Arbeitern aufgehen möge. In keinem Abschnitt der Nachkriegszeit sind Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei so ausschließlich auf ihre eigene Kraft verwiesen worden wie in den letzten Jahren. Es gilt sie zu stärken. Die deutsche Arbeiterschaft muß sich rückhaltlos und überall für die Wahrung der Macht ihrer wirtschaftlichen und politischen Vereinigungen einsetzen!



Kein Betrieb ohne Betriebsvertretung!
Keine Baustelle ohne Baudelegierte!



„Selbsthilfe“ als Tarnkappe
verschärfter Ausbeutung.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat der Reichsregierung eine Denkschrift übermittleit, in der die Begriffe „Selbsthilfe“ und „Volksgenossenschaft“ des öfters wiederkehren. Wenn eine Interessentenvertretung wie dieser Reichsverband mit Schlagworten operiert, so muß man aufhorchen. Denn man kann bestimmt der Uebersetzung sein, daß wieder etwas gegen das Volk geplant wird. Ueber den genauen Inhalt der Denkschrift wird Stillschweigen bewahrt. Aber ein Artikel des Geschäftsführers des Reichsverbandes Dr. Herle und ein verfaßtes Rundschreiben lassen deutlich erkennen, was geplant ist. Man konnte sich dies auch schon denken. Die deutschen Wirtschaftsführer bewegen sich gewiß in einem sehr engen Zirkel. Sie kennen nur eins: Herabdrückung der Steuern und Abgaben an die öffentliche Hand, Verminderung der sozialen Belastungen, Senkung der Löhne und Gehälter, Ermäßigung der Verkehrsätze und der Tarife der kommunalen Versorgungsbetriebe. In diesem Gedankenkreis bewegt sich die ganze Ideologie unserer sogenannten Wirtschaftsführer. In allen möglichen Veränderungen und Tonarten wird diese Litanei heruntergerollt.

Seit Jahren wartet man auf einen neuen Gedanken und man wird wahrscheinlich noch lange warten können. Ueberdies ist eine Störung des internationalen Gleichgewichts dadurch beabsichtigt, daß man die mit Hilfe niedriger Löhne und Gehälter hergestellten Waren in Massen auf den Weltmarkt werfen will. Oder man will, wie es der Kalinobullei Nofsky einmal ausdrückte, „dümpen, daß die Schwärze knackt“. Der Bericht der Wäseler Bankierkommission hatte darauf hingewiesen, daß es weltwirtschaftlich angelehnt sei, wenn die deutsche Ausfuhr übernatürlich ausgedehnt und dadurch die Industrie anderer Länder geschädigt würde. Der Geschäftsführer des Reichsverbandes ist demgegenüber der Meinung, daß der Weg der Selbsthilfe, den Deutschland zu gehen habe, eine noch weitere Vergrößerung der Ausfuhr zur Folge haben müsse. Man will also bemußt Unfrieden stiften oder Demonstrationen politisch freiben.

Die Industrie stellt das Wort Selbsthilfe in den Vordergrund, meint damit aber nicht etwa eine Hilfe der Industrie, sondern ein persönliches Opfer der Industriellen oder der Herren Direktoren, sondern fordert von dem übrigen Teil der Bevölkerung Opfer. Senkung des Lebensstandes durch Herabsetzung der Löhne und Gehälter bildet den Kernpunkt des industriellen „Programms“. Herabsetzung der sozialen Lasten bedeutet eine weitere Verschlechterung der Hilfe für die Arbeitslosen. Opfer, die man anderen und sehr breiten Volksmassen auferlegen beabsichtigt, bezeichnet man als „Selbsthilfe“. Von der eigenen Hilfe oder von eigenen Opfern ist überhaupt keine Rede, es sei denn, wenn man folgenden Satz des Herrn Schiele als ein Opfer bezeichnet: „Selbstverleumdung müssen auch die großen und mittleren Einkommen ein entsprechendes Opfer erbringen“. Der Herr Schiele will, wie es heißt, daß auf diesem Gebiete schon auf dem Wege freiwilliger Beiträge sehr viel geleistet sei, so daß die Privatwirtschaft in diesem Punkte die Kritik der Öffentlichkeit nicht zu scheuen braucht“. Man beachte folgenden Tatbestand: In Deutschland sind mehr als vier Millionen Menschen arbeitslos. Sehr viele arbeiten verkürzt. 15 bis 20 Millionen Menschen schleppen das harte Opfer der Wirtschaftskrise seit Monaten und Jahren mit bemundernswürdiger Geduld. Die Löhne und Gehälter der übrigen sind tief einsinkend und teilweise rückwärts herabgesetzt worden. So sieht das Bild von der einen Seite aus. Von der anderen Seite zeigt sich folgender Tatbestand: Der Apparat, der zur Leitung der Industrie, des Handels und des Verkehrs in den obersten Stufen geschaffen wurde, ist ungeheuer überflüssig. Ein Abbau ist nur in geringem Umfange durchgeführt. Der Wirtschaftsaufbau sind für die leitenden Personen Gehälter festgesetzt worden, die weit über die Einkommen der Arbeiter hinausgingen und in gar keinen Verhältnissen stehen mit den Einkommen der unteren Schichten, die in gleichem Maße ihr Bestes für die Wirtschaft einbringen. Hinsichtlich der Einkünfte der „Oberen“ war die Öffentlichkeit immer nur auf Vermutungen angewiesen. Man hat sich ängstlich geschaut, wies davon bekannt zu geben. Es kommt ferner hinzu, daß die Bürokratie der Unternehmensverbände und Organisationen wie Unkraut gewuchert ist. Es findet sich dort kaum ein Fachmann hindurch. Sicher ist aber, daß dieser bürokratische Apparat der Verbände aller Art riesige Mittel verschlingt. Der Öffentlichkeit wird nicht mitgeteilt, welcher Abbau hier durchgeführt ist oder vorgenommen werden soll. Als sicher dürfte aber angenommen werden, daß die Gehälter der leitenden Personen in all den Körperstellen des Wirtschaftes des Einkommens ausmachen, das ein Arbeiter, Angestellter oder kleiner Beamter bezieht. Es dürfte die Frage sein, wann diese Verschwendungssucht, die nach wie vor den Namen des Wirtschaftserfolges abzumähen in der Lage ist, mit dem Wort Selbsthilfe weitere Opfer der anderen verbindet, so ist dies eine Heuchelei, die noch niemals ihresgleichen gefunden hat.

Der Syndikus des Reichsverbandes Dr. Herle glaubt, daß ein wesentlicher Teil an dem Schrumpfungsvorgang der deutschen Wirtschaft den „verschlehten Maßnahmen der Wirtschaftspolitiks und Finanzpolitiks, die auf das Konto „sozialistischer Dognen“ zu setzen liegen, zugeboren werden könnte. In diesem Falle die gleiche Heuchelei wie oben. Nach auch in der öffentlichen Wirtschaft nicht alles so gegangen sein, wie dies selbst von uns als notwendig erachtet wurde, so hat als öffentliche Wirtschaft sehr stark den Verlust gelitten, Fehler zu korrigieren. Aber noch viel größere Fehler hat die Privatwirtschaft begangen! Wir brauchen nicht die Worte wie „Wortwoll“, „Karst“, „Danakbank“ auszusprechen, um erkennen zu können, wie die Privatwirtschaft ihr Unheil veran hat. Die angeblich sozialistischen Dognen, die in der öffentlichen Wirtschaft wirksam sein sollen, sind lediglich eine Phrase, mit der man Eindruck zu schinden verliert. Man spricht ferner von der „Gebundenheit Wirtschaft“, ohne daran zu erinnern, daß die Gebundenheit durch Kartelle und Konventionen viel weitgehender wirksam ist, als die Gebundenheit durch öffentliche Organe. Wir wollen nicht verstehen, dies ausdrücklich festzustellen. Es liegt durchaus im Rahmen der von den Industriellen angewandten Heuchelei, wenn man auf diese Gebundenheit durch private Körperlichkeiten nicht einmal hinweist.

Die große Masse des Volkes stellt sich in einer Wirtschaftsführung ganz anders vor, als wie sie sich in diesen Denkschriften und Aeußerungen der Öffentlichkeit gegenüber zeigt. In den Köpfen vieler Leute denkt man sich unter Wirtschaftsführer von Format Leute, die sich darüber den Kopf zerbrechen, die Bedingungen zu schaffen, wie der Mann besichtigt werden kann. Sie sind der Meinung, daß man eine solche Senkung des Wirtschaftsstandes wie heute nicht als unabwehrbar betrachten soll, sondern den Bedarf eines Kulturvolkes zur Unterlage nimmt, der mit Hilfe der ausgehiebten Produktionsmittel und der vorhandenen Vorräte nicht nur befriedigt, sondern sogar noch gesteigert werden kann. Das ist das Bild, das man sich von einem Wirtschaftsführer macht. Wie klein und hilflos zeigen sich demgegenüber die Gezeiten, die sich in den Direktionszimmern der Wirtschaftsunternehmungen herumdrücken, aber für ihre Tätigkeit hohe Gehälter fordern. Leider ziehen nur allzu wenig daraus die Konsequenzen. Schon längst hätte sich ein Sturm der Enttäuschung gegenüber dieser bankrotten Privatwirtschaft erheben müssen. Der Sturm hätte so gewaltig sein müssen, daß ein großer Teil der sogenannten Wirtschaftsführer von der Bildfläche zu verschwinden gehabt hätte. Statt dessen läßt man sich ununterbrochen solche Denkschriften gefallen, die lediglich zum Ziele haben, die unteren Bevölkerungsschichten noch tiefer ins Elend zu drücken. Die Radikalisierung der Massen muß man bei solchen Verhältnissen als durchaus natürlich betrachten. Aber wir wollen nicht müde werden, immer wieder von neuem die Unfähigkeit der Wirtschaftsführer an den Pranger zu stellen. Nur wenn das Volk erkennt, daß es nicht geführt, sondern verführt wird, und daß die leitenden Personen in erster Linie an sich selbst denken, ist eine Verbindung zu erhoffen. Aber alle Pläne werden wir energisch bekämpfen, die darauf abzielen, eine Umwandlung der Wirtschaft durch die weitere Herabsetzung des Lebensstandes der breiteren Schichten zu erreichen!

Wohnungsbau tut not!

Am 22. August hat die sächsische Regierung unter Hinweis auf die finanzielle Lage von Reich, Ländern und Gemeinden verordnet, daß alle noch nicht begonnenen Bauverfahren, für die Mietszinssteuerzweck zugestimmt wurden, nicht in Angriff genommen werden dürfen. Wo die Ausführung der Bauarbeiten bereits begonnen wurde, sollen sie nur so weit fortgeführt werden, daß sie überwintert werden können, es sei denn, daß über die bereits ausgeführten Mietszinssteuerzweck hinaus andere Mittel zur Fertigstellung vorhanden sind. Diese Einschränkung macht die Verhältnisse auf den Kreditmarkt völlig wirkungslos. Die Gelder müßten in diesem Falle so hoch verzinst werden, daß die Mieten dann noch mehr gesteigert werden müßten.

So droht im Freistaat Sachsen die völlige Lahmlegung des gesamten Wohnungsbauwesens. Die Bauarbeiter werden fast ausnahmslos dadurch arbeitslos, und der Ruin vieler Gewerbetreibender steht damit ebenfalls in Aussicht. Selbstverständlich erleiden auch die bauwirtschaftlichen Unternehmer durch die Verordnung große Verluste. Jedenfalls stellt eine solche Verordnung wirtschafts-, finanz- und sozialpolitisch die allerhöchste Schädigung der unmitteibar davon Betroffenen dar. Eine Konferenz der gemeinnützigen Bauvereinigungen, der Bauhilfen, Bauvorsorgungsstellen im Baugewerbe, der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei Sachsens haben zu dieser Verordnung am 1. September in Chemnitz Stellung genommen und die Lage auf dem Baunarkt eingehend erörtert. Gefordert wurde, zumindest das diesjährige Wohnungsbauprogramm unter allen Umständen voll durchzuführen. Dieses Programm umfaßt ohnehin nur etwa 25 bis 30 % des in früheren Jahren geschaffenen Wohnraumes. Die Aufhebung der Verordnung vom 22. August mit sofortiger Wirkung wurde gefordert. Eine Abordnung der Konferenz ist bei der sächsischen Regierung vorstellig geworden. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird diese Aktion mit allem Nachdruck unterstützen. Ueber den Ausgang der Besprechung der sächsischen Regierung werden wir später berichten.

Auch Straßenbau tut not!

Durch die technische Entwicklung im Kraftwagenbau tritt die Landstraße immer mehr in den Vordergrund. Immer mehr tritt besonders der Lasterkraftwagen als Konkurrenz gegen die Eisenbahn auf, weil er weder zwangsweise an Zeiteinteilung, noch an umständliches Ver- und Umladen gebunden ist wie die Eisenbahn. Wie vor einigen Jahren gebunden das Fahrrad, so hat sich heute der Lasterkraftwagen zu einem Gebrauchsgegenstandsmittel entwickelt. Gegenüber anderen Kraftfahrzeugen ist der Lasterkraftwagen in der Benutzung des Kraftfahrzeuges ins Hintertreffen geraten. Das ist in erster Linie auf die überspannte Versteuerung des Fahrzeuges selbst und sodann auf die künstliche Hochhaltung der Preise für die Betriebsstoffe zurückzuführen. Trotzdem ist seit 1914 die Zahl der Kraftfahrzeuge auch in Deutschland erheblich gestiegen. Das bedeutet, daß auch größere Anforderungen an die Straße gestellt werden. Wer Gelegenheit hat, mit einem Kraftwagen die Landstraßen zu benutzen, kann feststellen, daß sich die deutschen Landstraßen nicht in bestem Zustand befinden. Obwohl hunderte Tausende Arbeiter auf Arbeitsgelegenheit warten und die Kraftwagensteuer einen ganz erheblichen Teil der Wegbaukosten aufbringt, läßt man die Verkehrsstraßen in einem Regierungszustand Beschreibung hinstellen! Wenn man in den letzten Jahren die Kraftfahrzeuge so helfen, so müssen bestimmt mehr Mittel als bisher für den Straßenbau bereitgestellt werden; sind es doch nicht weniger als 450 Millionen Mark, die jährlich durch die Besteuerung der Kraftfahrzeuge aufgebracht werden. Es fehlt in Deutschland an einem einheitlichen staatlichen Wegbauamt. Selbst die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrer Nummer vom 13. August 1931, daß allein durch die Stilllegung des Straßenbaues in Bayern 500 000 Arbeitstagswerkstunden ausfallen. In Sachsen und Schleswig-Holstein sieht es ähnlich aus. Statt nun die dem Zerfall nahe Straßen auszubessern oder mit einer neuen Decke zu versehen, das oft schon mit geringen Mitteln geschehen könnte, läßt man die sie gänzlich verkommen. Der Straßenbau hat nicht nur wirtschaftliche, sondern vor allen Dingen auch arbeitswirtschaftliche Bedeutung des Straßenbaues zu erkennen, braucht man nur die Bauweisen zu betrachten. Da ist vor allen Dingen neben der älteren Steinpflasterungsart der Teerstraßen und der Zementbetondeckungsarten. Besonders im Teerstraßenbau haben sich verschiedene Ver-

fahren, wenn sie auch mehr oder weniger von einander abwichen, herausgebildet. Er wird heute als der neueste Straßenaufbau betrachtet. Aber schon in den achtziger Jahren wurde der Deutschen Asphalt A. O. das erste Patent für die Herstellung eines bituminösen Straßenaufbaues erteilt. Von den sonst angewandten Verfahren ist die Oberflächenverfestung, das Teppichverfahren, das Teertränk- und Teermischmakadam sowie der Teerbofen zu nennen. Das Teppichverfahren dient in erster Linie zum Ausbessern der großen Schlaglöcher in den Landstraßen, wobei die Packlage noch gut erhalten sein muß. Der Teerbofen, der Maschinen wie Zementbofen überarbeitet wird, nur mit dem Unterschied, daß hier statt Zement der Teer das Bindemittel ist, wird in einer Stärke von 20 bis 25 cm eingebaut, mit der Tandemwalze eingewalzt, worauf dann nochmals eine etwa 5 cm starke Asphaltpackung aufgebracht wird. Durch Verbesserungen ist der Verbrauch an normtem Teerprodukten für den Straßenbau gewaltig gesunken. In einem Aufsatz in „Magazin der Wirtschaft“ Nr. 31/32 vom 7. August 1931 weist Dipl.-Ing. Dr. Alfred Salmons nach, daß der Verbrauch an Teerprodukten für den Straßenbau von 3000 Tonnen im Jahre 1924 auf 151 000 Tonnen im Jahre 1930 gestiegen ist. Dr. Salmons sagt weiter, daß die gute Qualität des deutschen Straßenverkehrs nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande Anerkennung gefunden habe, das beweise der Export von 110 000 Tonnen nach Frankreich. Der Verbrauch von 800 000 Tonnen in England bedeute ferner, daß man auch dort die wirtschaftliche Bedeutung des Teers im Straßenbau anerkannt habe. — Bei dem neuesten Straßenaufbau dürfen natürlich nicht die Fortschritte des Zementbetondeckungsbaues übersehen werden. In Deutschland hat sich besonders die Goldstrich-Bauweise, die von verschiedenen Großfirmen ausgeführt wird, bewährt. Träger der Patentrechte dieser Bauweise ist die Deutsche Goldstrich-Zentrale, August Lindemann, Komm.-Gef., Köln-Adelshof. Dieser Zentrale gehören auch Firmen aus Schweden, Ungarn, Oesterreich, Tschechoslowakei, Italien usw. an, die diese Bauweise mit Erfolg im Straßenbau anwenden. Im Jahre 1925 wurden insgesamt 13 278 Quadratmeter dieser Art von Straßen ausgeführt, 1926 waren es 150 340 Quadratmeter und 1927 schon 238 265 Quadratmeter. Das beweist, daß sich auch die Betonstraße in Deutschland durchsetzen wird.

Auch im neuzeitlichen Straßenaufbau sind es fast durchweg deutsche Erzeugnisse, die verwendet werden. Schon bei der Gewinnung dieser Stoffe werden deutsche Arbeiter beschäftigt. Aber was nützen alle guten und erprobten Verfahren und alle deutschen Erzeugnisse, wenn die Regierung die Mittel zur Herstellung der Wirtschaftskrise darin sieht, alle Bauarbeiten (Wohnungsbau, Straßenbau usw.) einzustellen, und damit die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter noch zu erhöhen! Nicht allein, daß der Arbeiterlohn immer mehr die Löhne gekürzt werden und deren Kaufkraft geringer wird, werden nun noch die vorhandenen und dringend notwendigen Arbeiten eingestellt. Wir fordern, daß die Reichsregierung sich endlich befinnt und andere Wege beschreitet! Den Arbeitern kann nur geholfen werden, wenn auch zur Ausführung von Bauten Gelder zur Verfügung gestellt werden und nicht nur zur Sanierung von Groß-Unternehmungen, die durch ihre Geschäftsführung und infolge des privatwirtschaftlichen Systems ruiniert wurden. Straßenbau wird in gesteigertem Maße betrieben werden! Unter keinen Umständen darf er eingestellt werden! Schon allein deswegen nicht, weil der Bedarf an Straßenbaustoffen auch für den neuzeitlichen Straßenbau aus einheimischen Rohstoffen völlig gedeckt werden kann. Der Straßenbau gibt nicht nur dem Bauarbeiter Arbeitsmöglichkeit, sondern auch den Arbeitern, die mit der Rohstoffgewinnung beschäftigt werden. Auch Straßenbau tut not!

Der Abbau der Unterstellungen in unserm Bund und ihre Gegner.

Die Maßnahmen und Beschlässe unseres Bundesverbandes und Beirates, die die Unterstellungen herabsetzen, haben einige Kollegen außer Rand und Band gebracht. Sieht man sich aber diese Kollegen etwas genauer an, so findet man, das es dieselben sind, die in den Verammlungen stets der Abschaffung der Unterstellungen eintraten das Wort geredet haben und immer nur „kämpfen“ geschrien haben. Das hinderte sie aber keineswegs, die Unterstellungen eintraten sehr gern in Anspruch zu nehmen.

Die Maßnahmen und Beschlässe unseres Bundes sind gewiß für manchen Kollegen gerade in der letzten Zeit sehr hart, eben so gewiß ist aber auch, daß es dem Bundesverband sehr schwer gefallen ist, die Unterstellungen eintraten zu beschränken. Aber Gründe müssen doch dafür vorhanden sein! Die ungewöhnlich schlechte Lage im Baugewerbe, die bereits Jahre anhielt, haben es mit sich gebracht, daß ein sehr großer Teil unserer Kollegen seit Monaten arbeitslos ist und die Unterstellungen eintraten in ungewöhnlichem Maße in Anspruch nahm. Dies soll kein Vorwurf sein. Die Folge aber ist, daß die Ausgaben die Einnahmen sehr langer Zeit um ein beträchtliches überstiegen. Als Kampforanisation, — und das ist unser Bund ohne Zweifel! — hat er aber auch noch andere Aufgaben. Gerade in der letzten Zeit gibt es, fester denn je zur Organisation zu setzen, wir kennen doch alle die Wünsche der Bauweisen mit ihren Selbst, die Forderung der Arbeiterschaft für sich anzunehmen und die Löhne noch weiter abzubauen. Wir wissen nicht, was uns das kommende Frühjahr bringt! Anzeichen sind die Wirtschaftsgemeinschaften des Reichsstatistikerberates. Dessen ist sich sicher unser Bundesverband und auch der Beirat bewußt, sie suchen deshalb Maßnahmen zu treffen, um den kommenden Ereignissen ruhig und geküßelt entgegenzusehen zu können. Von den älteren Kollegen werden die Beschlässe eher verstanden werden als von den jüngeren. Wer es mit erlebt hat, wie wir bei fälliger Arbeitszeit von 11 Stunden und niedrigem Lohn von den Unternehmern und von ihren Helfershelfern schikaniert wurden, der sieht nicht solche Zeiten herbei. Zur eine organisierte Bauarbeiterschaft kann das Bestehen erhaltenen Arbeiter müssen erkennen, daß durch die Stilllegung von Betrieben sich immer mehr Arbeitskräfte dem Baugewerbe zuwenden, und so die Frage ihres Lohnes eine besondere Rolle spielt. Die Lage ist vor allem für die ungelerten Bauarbeiter sehr ernst! Zunächst das Ueberangebot und dann die fortschreitende Technik bringen es mit sich, daß mehr Arbeitskräfte angeboten als benötigt werden. In dieser schweren Zeit machen sich auch die Spänen der Arbeiterbewegung, die KPD, und ihre RSD, als Helfershelfer der Unternehmer wieder einmal bemerkbar.



Unterhaltung und Wissen



Genasführer.

Wahres Erlebnis von Rudolf Börner, Odtitz.
Dieses kleine Erlebnis lodt mir, wenn ich daran denke, noch heute ein Lächeln ab. In L. in Sachen habe ich einen Cousin. Er heißt Hans und ist sehr stolz auf seine großstädtischen Manieren; außerdem ist er ein großer Weiberfeind. Damals dünkte er sich mit seinen 25 Jahren sehr weiserfahren. Es gab nach seiner Ansicht keinen Menschen, der ihn irgendwie überböheln konnte. Ich arbeitete damals in Hannover als Maurer, und da hier die Arbeit bald zu Ende ging, schrieb ich an Hans, ob er mit in L. Arbeit besorgen könne. Da Hans auch Maurer ist, war es für ihn nicht allzu schwer, mir Arbeit an gleichen Bau zu verschaffen. Ich packte meine Sachen und fuhr nach L. Hans hatte bereits für mich ein Zimmer gemietet, und am andern Morgen ging es frohen Mutes zur Arbeit. Nach Feierabend gingen Hans und ich dann öfters ins Kino oder zum Konzert. Wir waren lebig und konnten uns so etwas leisten. Auch unsere Ansichten stimmten ziemlich überein; besonders liebten wir auch ein gutes Glas Bier.

Eines Abends kam Hans zu mir und schlug vor, einmal auf dem Wasser zu gondeln. Diese Kahnfahrt sollte für uns verhängnisvolle Folgen zeitigen. Wir konnten nur einen alten Kasten von Kahnfahrern, da die schlanken Boote bereits vermietet waren. Wir legten an einem am Rande des Flusses gelegenen Restaurant an, um eine Erfrischung zu uns zu nehmen und dann weiterzufahren. Wir nahmen zwei niedlichen Mädchen gegenüber Platz, die sich später als Schwester entpuppten. Wir fanden die beiden Personen so niedlich, daß wir an diesem Abend unseren Schwur, ewig Junggesellen bleiben zu wollen, vergaßen. Wer kann wohl solchen bezaubernden Lächeln von solch reizenden Mädchen widerstehen! Dazu die schöne Musik und der wundervolle Abend bei klarem Mondschein — das alles war dazu angeht, unsere guten Vorsätze zu vergessen.

So kam unsere Bekanntschaft zustande. Unsere beiden Schönen hießen Lotte und Gerdie. Wir verlebten mit ihnen manchen glücklichen Abend. Aber dann nahte das Unglück. Auf seinem Wege zu mir hatte Hans Lotte und Gerdie getroffen. Was von ihm angebetete Lottegen hatte ihm zu verstehen gegeben, sie hätte demnächst Geburtstag und laße uns dazu herzlich ein. Ihre Eltern wollten an dem gleichen Abend, an dem die Feier sein sollte, zufälligerweise verreisen; wir wären dann ganz allein. Aber leider könnten sie uns nichts vorsetzen; denn Vater und sie selbst hätten keine Arbeit.

Als mit Hans dies erzählt, standen dem lieben Jungen vor Mitleid die Tränen in den Augen. Ich versuchte in einer langen eindringlichen Rede, Hans davon zu überzeugen, daß es eigentlich kein schönes Licht auf Lotte und Gerdie werfe, wenn sie uns durch die Blume zu verstehen gäben, alles mögliche für die Geburtstagsfeier mitzubringen, um diese Feier mit dem dazugehörigen Pomp verleben zu können. Aber alle Vorstellungen prallten an Hans' Mitleid ab. Und als ich ihm sagte, daß Lotte und Gerdie in der kurzen Zeit, wo wir sie kennen, bereits ganz niedliche Ansprüche an uns gestellt hätten, zog auch dies nicht. Hans schlug alle Gedanken in den Wind und erklärte: „Am Freitag komme ich zu dir etwas früher und dann gehen wir einkaufen.“



Wir nahmen zwei niedlichen Mädchen gegenüber Platz.

Der viel Freude und Genuß versprechende Freitag rückte heran. Wir hatten uns in Gala geworfen. Hans strahlte vor Glück und Liebe, er schwelgte in dem Gedanken, seiner Lotte eine große Freude bereiten zu können. Er erstand eine große Torte, einige Pfund Mitternacht, mehrere Büchsen Delfinarinen, geräucherter Mat, Lauch, gute Butter, Bohnenkaffee und Konfekt. Ganz konnte ich mich von der Spende nicht ausschließen und kaufte eine Flasche Likör, eine Flasche Whisky und Zigaretten. Auf diese Weise landeten wir schoner bedacht in dem Heim unserer beiden Schönen. Nur ein früher Schimmer fiel in die Festimmung meines Veters. Er hatte sich neue Schuhe gekauft und sie pelnigten ihn furchtbar. Lotte und Gerdie empfingen uns in liebevollster Weise. Sie strahlten förmlich, aber all die Herrlichkeiten, die wir auspackten. „Meine“ Gerdie sagte so nebenbei zu mir, es sei gut, daß wir nicht früher gekommen seien, soeben wären die Eltern nach dem Bahnhof gegangen.

Wirtschaftsunsinn.

Der Motor braust, das Radgetriebe saust;
Vervielfacht quellen reiche Arbeitswerte,
Und was den Reichtum dieser Welt vermehrt,
Das war die schwieletharte Arbeitsfaust.
Heut feiern diese Fauste; die Maschine,
Kunststoll gegügt, daß sie der Menschheit diene,
Hat sie verdrängt. Jedoch — der Menschheit diene?
So sagte man. Doch man verstand darunter
Nichts andres als den Kapitalistenklängel,
Der, Reichtum witternd, wohlgenut und munter,
Frech und erfüllt von krassem Hochmutsdünkel,
Den Segen der Maschine an sich riß.
So ward dem Reichtum stark vermehrter Segen,
Jedoch vermehrter Fluch und mehr Bekümmernis
Ward denen, deren fleißiges Händeregen
Den Mehrwert schuf. Nun sind sie arbeitslos,
Sind überflüssig. Und die Not ist groß.

Das ward der Arbeit Fleiß zum Lohn.
Nun redet man von Ueberproduktion.
Steht eine Sache schief, istis trügerischer Schein,
Stellt sich zur rechten Zeit ein Schlagwort ein.
In diesem Falle steht es so: Man merke
Den Warenreichtum, aber man verwerhe
Den Menschen, diesem Reichtum zu erwerben;
Und nun mit großem Unmut und Verdruß
Steckt man in größtem Warenüberfluß.

Was, Warenüberfluß? Viel tausend Menschen starben
Bereits in Not, und Millionen darben —
Und dennoch Ueberfluß? Liegt darin noch Verstand?
Da war's doch einfach, wenn in jedem Land
Man nur die allgemeine Kaufkraft stärkte;
Dann würde das, was man als Mehrwert werkte,
Durch die vermehrte Kaufkraft aufgesogen!
Das Wirtschaftsgleichgewicht, es wäre hergestellt,
Und Keiner um des Lebens Freud' betrogen,
Und Gleichklang herrschte dann auf dieser Welt!

Jedoch das will man nicht. Durch Lohnabbau
Glaubt man die große Differenz zu meistern;
Und dabei dünkt man sich noch weisheitsvoll und schlau,
Und ist in Ernst ein Stämper im Verkleistern
Der Wirtschaftsgegenständlichkeit.

O ja! Es hünnte diese Kapitalistenwelt
Noch eine kurze Spanne Daseinszeit
Sich schaffen, wenn sie das Gebot der Stunde
Begriffe. Dann schloße sich die Wirtschaftswunde
Für kurze Zeit. Doch das gefallt
Den Mächtigen der Wirtschaft nicht;
Sie gehn aufs Ganze, ob auch Eisen bricht!

Nun wohl! Es bricht kein Eisen,
Das fest gehämmert ist und stark vernietet.
Und wenn wir des Verstandes Pfade weisen
Und ihr dafür nur Spott und Hochmut bietet,
Dann wißt, das Schicksal dieser Welt
Wird sich sehr bald an Euch erfüllen!
Gewiß, das Arbeitsvolk ist nur auf sich gestellt,
Doch folgt es sicher e i n e m festen Willen!
Und dieser Wille ist, die Unvernunft
Der Wirtschaft und die Kapitalistenzeit,
Die diesen Wirtschaftsunsinn nützt,
Ihm heilig spricht und unbeherrht stützt,
Im Orkus zu versenken. Spottet nicht!
Uns führt in diesem Kampf das helle Licht
Der Logik und des Rechts! Und für uns spricht,
— Obgleich ihr dieses nicht begreifen könnt —
Das ehrene Gesetz, das man Entwicklung nennt!
Auf unsrer Seite ist Vernunft und Menschlichkeit,
Und mit uns schreitet flott die neue Zeit!
So werden wir, zum Trutze allem Hasse,
Der Freiheit bahnen eine breite Gasse!
Uns hilft die Zeit! Des Mammons Throne krachen,
Es stürzt Vergangenes, so dumm und trist,
Und spätere Geschlechter werden lachen,
Wie töricht einst die Welt gewesen ist! Tafels.

In mir stieg ein leises Mitleiden auf. Jrgend etwas schien da nicht richtig zu sein. Doch was sollte man sich da große Sorgen machen! Wir legten, da es heiß war, unsere Jacketts ab, Hans entledigte sich außerdem seiner neuen Schuhe, da Schuhnummer 43 nicht gut auf Fußnummer 43 paßte. Er machte es sich auf dem Sofa bequem, ich setzte mich ihm gegenüber in einen Korbsessel.

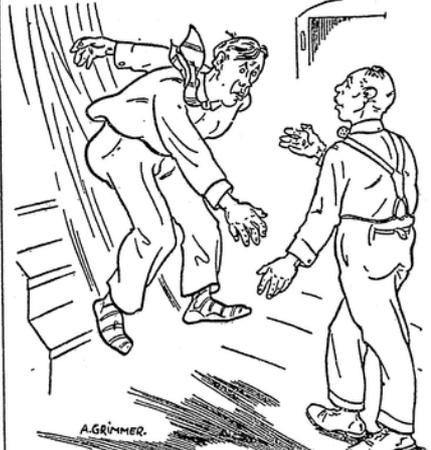
Lotte und Gerdie hantierten inbösen in der Küche wie zwei richtige Hausfrauen umher, um zunächst einmal einen guten Bohnenkaffee zu bereiten. Hans und ich waren winschlos glücklich. Wir nahmen uns vor, nicht mehr so viel zu kniepen und lieber öfters so einen netten Abend zu arrangieren.

Pfötzlich erscholl im besten Erzählen ein fürchterlicher Lärm. Bevor wir uns noch erklären konnten, was denn eigentlich los sei, fanden unsere zukünftigen Schwiegereltern vor uns. In diesem drohendem Maß erklärte uns der Herr des Hauses, er hätte nicht erwartet, einen so netten Besuch in seiner Wohnung vorzufinden.

Ich wußte sofort, daß alles abgekartetes Spiel war. Und was nun folgte, das war das Werk weniger Augenblicke. Mich packte der undarmberzige Schwiegervater zu-

erst und wollte durchaus, daß ich mir auf der Treppe das Genick brechen sollte. Ich war bereits im Begriff, ihm eine derbe Ohrfeige zu widmen, überlegte aber noch rechtzeitig, daß er mich dann wegen Hausfriedensbruch anzeigen könnte. Deshalb suchte ich mein Heil in der Flucht. Dabei hatte ich Gelegenheit, noch einen flüchtigen Blick in die Küche werfen zu können, wo Lotte und Gerdie in einem Lauchkrampf verfallen zu sein schienen.

Kaum war ich unten, als auch schon Hans im schönsten Gleitfluge hinter mir hergejagelt kam. Unsere Väter mögen in diesem Augenblick nicht besonders gestreich ausgehen haben. Aber dann merkten wir erst, daß unsere Jacketts und Hans' Schuhe noch in der Höhe des



Kaum war ich unten, als auch schon Hans im schönsten Gleitflug hinter mir hergejagelt kam.

Löwen waren. Ich schickte mich an, unsere höflichen Schwiegerpapa nochmals zu besuchen, da kamen auch schon die Jacketts und die Schuhe durchs Fenster geflogen.

Tief betrübt traten mir unseren Rückzug an. Der einzige Gedanke, der uns jetzt beherrschte, war Rache, was Vergeltung für die schmadvolle Niederlage. Nach etwa sechs Wochen bezog unser einstmalsiger Schwiegerpapa von uns eine gehörige Tracht Prügel.

Jenen verhängnisvollen Abend haben wir, da in unserem Alter schlechte Laune nur von kurzer Dauer sein konnte, noch lächtig bei einem Glase Bier gefeiert. Hans sagte immer wieder, er habe von nun ab mit keinem Weibe mehr Mitleid und wenn es auch schon wie ein Engel wäre. Auch er hatte das liebevolle, häßliche Lächeln von Lotte und Gerdie bei unserem schönen Abzuge noch bemerkt. Und als wir uns an diesem Abend trennten, bemerkte er: „Wenn ich dummes Luder auf dich gehört hätte, dann wären wir nicht so gelehnt worden!“

Der empfindliche Bauer.
In einem Bauer in der Gegend von Jnaosfadt kommt die Apfelsäuerin und jammert, daß ihr „Alter“ halt gar so viel Zahnweh hat, der Bader möchte doch den „bösen Zahn“ reißen.

„Na“, sagt darauf der Bader, „nen Apfelsäuerer reiß i hoan Zahn net!“

„Ja, warum denn net?“

„O, der schreit sch, wenn 'n rajstet“, so drauf der Bader.

Er kauft'n Haber net . . .

Zum Pferdehändler H. in Traunstein kam jüngst ein Bäuerlein und wollte ein Pferd zum Laufen und für den Zug kaufen.

„Matz, du kummst grad recht; geh no glei mit in Stoff außi“, sagt der Pferdehändler. „Da schau her, was dös für a Prachsgaul is für di. Hundert Mark geb i dir auf d'r Stoff, wennst mir no a bessern und billigern herbringst! Wer grade Füß, oana schöner wie der ander, und wennst in der Frucht um drei einspannst, bist um fünfje scho 3 Reichenhall.“

„Ja“, sagt der Bauer darauf, „da Gaul g'fallt mir scho, eba i moa, i kauf'n do net! Wenn was fat i um fünfje scho 3 Reichenhall, da is no gar koa Mensch auf.“

Vorsicht ist besser als Nachsicht.

Ein Mann aus der Umgegend von Kempton kommt in die Stadt, um dort die städtische Sparkasse aufzusuchen. Dem Beamten am Schalter erklärt er, daß er vor ungefähr einem halben Jahr 300 fl eingelegt habe und dieses Geld möchte er jetzt abholen.

Der Beamte geht, kommt nach einiger Zeit mit dem gemünzten Geld wieder zurück und zapft es dem Mann aus. Der überprüft die Summe, dann sagt er: „So, seha köanna se's wieder noita (hinlanten) in d' Raist!“

„Ja, warum haben Sie es dann überhaupt verlangt?“ fragt erstaunt der Beamte.

„Ja — wißst Se, i ha g'lefa, daß ma hier 300 fl g'lobla hat, und drum ha i bloß wißla wölla, ob me i ne 300 fl no da sin.“

Vertreterversammlung des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen.

Die erste Vertreterversammlung des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen wurde am 15. und 16. August in Mainz abgehalten. Beim Geschäftsbericht wies Geschäftsführer Wohlmann darauf hin, daß das Jahr 1930 im Zeichen der Veränderungen der Gesetzgebung stand, Veränderungen, die allerdings die Forderungen der Versicherungsträger nur teilweise erfüllt hätten. Der Verband umfaßt 1616 Kassen mit rund 12,2 Millionen Mitgliedern, das sind rund 85% aller in Ortskrankenkassen-Verbindungen. Leider seien die Arbeiten der Arbeitsgemeinschaften für Gesundheitsfürsorge völlig ins Stocken geraten. Nur mit Mühe konnten die Arbeitsgemeinschaften die Einrichtungen über Wasser halten. Fast völlig eingegangen sei auch die sozialhygienische Aufklärungsarbeit. Bedauerlich sei, daß auch die Aufsichtsbehörden zum Teil der Meinung Ausdruck gegeben hätten, daß eine solche Aufklärungsarbeit nicht nötig sei. Dagegen müsse man sich schärfen wenden; derartige Auffassungen sind für Krankenkassen untragbar. Mit den ausländischen Krankenkassenorganisationen steht der Hauptverband in guten Beziehungen. Die internationale Zentralföderation der Krankenkassen habe Abkommen über die Befreiung der Grenzgehörer vorbereitet, an denen der Hauptverband maßgeblich beteiligt ist. Das deutsche Vorbild findet trotz aller Einschränkungen noch im Auslandes starkes Interesse. In den Vorberordnungen vermißt der Hauptverband, daß der Gesetzgeber in der Organisationsfrage der Krankenversicherung entscheidende Schritte getan hat. Immer noch gäbe es viele Krankenkassen, die nicht einmal die durch die Vorberordnungen vorgeschriebene Mindestgröße hätten. Der Hauptverband hat kein Verständnis dafür, daß die Aufsichtsbehörde, die sich sonst um alles zu kümmern beliebt, in dieser Frage bis jetzt wenig oder nichts getan hat. Es gäbe sogar Aufsichtsbehörden, die die Reorganisation von Krankenkassen fördern! Der Hauptverband habe ständig daran gearbeitet, die Krankenkassen zu stärken, damit sie immer mehr zu dem unerlässlichsten Fort der Volksgesundheit werden.

Nachdem ein Entlassungsantrag der Finanzkommission einstimmig angenommen war, erläuterte der geschäftsführende Vorsitzende Lehmann die notwendigen Satzungsänderungen des Hauptverbandes, die dann, unter Ablehnung eines Antrages der Unternehmergruppe auf Einführung des Gruppenwahlrechts, gegen wenige Stimmen angenommen wurden.

Am zweiten Sitzungstage hielt Ministerialdirektor Dr. Grieser einen sehr beachtlichen Vortrag über die Krankenversicherung in der Wirtschaftskrise. Die Tatsache, daß die Arbeiter bei wachen Gehörern hungern müssen, bemasse tiefen, wie stark die einzelnen Volkswirtschaften miteinander verflochten sind. Die Mechanisierung der Landwirtschaft verdränge den Landarbeiter; sie erdrücke aber auch den kleinen und mittleren Bauern. Der Zustand sei ähnlich wie im alten Rom, das an seinen Latifundien wirtschaftlich zugrunde gegangen sei. Die Maschine habe sich beinahe als Feind des Menschen erwiesen. Die Mechanisierung der Betriebe sei zu schnell vor sich gegangen, die Zeit der Mechanisierung sei zu kurz gewesen, als daß wir unsere Volkswirtschaft auf die neuen Sozialverhältnisse hätten umstellen können. Zweifellos sei Kapital in erheblicher Menge fehlgeklüftet worden. Zur Verschärfung trügen in Deutschland auch die Landwirte, die Banken und die Industrie bei. Die Landwirtschaft bringe an öffentlichen Stellen insulphores überlastet. Es herrsche ein tiefes Mißtrauen in die nächste Zukunft, ein Mißtrauen, das seit dem 14. September 1930 noch gemindert sei. Zu den besonderen Verhältnissen der Krankenversicherung übergehend, erklärte der Redner, daß die Krankenversicherung von 1924 bis 1929 einen steilen Auftrieb gezeigt habe. Das öffentliche Wortteil habe hierfür die allgemeinen Ortskrankenkassen verantwortlich gemacht. Das sei aber falsch. Bei den anderen Kassenarten sei der Auftrieb stellenweise noch stärker gewesen. Nun sei dem Auftrieb eine Welle gefolgt. Seit 1930 hätten wir einen allgemeinen steilen Abstieg. Im Jahre 1931 würden wahrscheinlich die Beiträge eintreiben auf den Stand von 1927 sinken. Dabei scheint aber die Zahl der noch lange nicht erreicht. Der Abstieg sei erreicht durch den Druck der Wirtschaft, durch gesetzliche Maßnahmen und auch durch freie Initiative der Selbstverwaltungskörper. Am meisten habe freilich die Lohnsenkung zu dem Abstieg beigetragen. Singu komme der Wegfall des Reichszuschusses für die Familienwochenhilfe und die Tatsache, daß viele Unternehmer völlig zahlungsunfähig seien. Es sei erfreulich, daß die Arbeitslosigkeit durch ein Abkommen Verständnis für die Lage der Krankenversicherung gezeigt habe. Bei allen Leistungsvermindernungen müsse bedacht werden, daß es eine Bedürfnisgrenze nach unten gäbe, die nicht unterschritten werden dürfe. Not mache zwar arm, sie mache aber auch erfindlich. Der Vortragende machte dann eine Reihe von Vorschlägen zur Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltungskörper der Versicherungsträger und zur besseren Ausnutzung der Heil- und Pflegeeinrichtungen. Vor dem Kriege habe sich erwiesen, daß die Sozialversicherung kein Minus für eine blühende Wirtschaft sei. Nach dem Kriege sei aber die Sozialversicherung erst recht eine sittliche, soziale und nationale Notwendigkeit. Ohne die Sozialversicherung sei die Lebensführung des Arbeiters im inneren Kern gefährdet. Er sei überzeugt, daß auch die Sozialversicherung die gegenwärtige Krise überwinden werde. Wenn Staats- und Selbstverwaltungen zusammenarbeiten, alle fest zupacken, dann werden wir auch wieder gesund und frei werden!

Ueber die Auswirkungen der Vorberordnungen sprach dann geschäftsführender Vorsitzender Lehmann, der weitgehend vorlegte, die unter anderem Abbau der Vergütung für Krankenpflegebediente und Rationalisierung des kassenärztlichen Dienstes fordern. Ohne schärfste verfahrenstechnische und gesundheitspolitische Rationalisierung könne man nicht auskommen. Andererseits könne es nicht angehen, daß leitende Ärzte der Krankenhäuser ihrer Privatpraxis größere Aufmerksamkeit zuwenden als ihren Amtspflichten. Von den Leitern der Krankenhäuser müsse man verlangen, daß sie sich um die Krankenhauspazienten kümmern. Es sei ferner den Krankenkassen nicht möglich, gewisse Kosten, die eigentlich Wohlfahrtskosten seien, weiter zu übernehmen. Auch eine Senkung der Arztgebühren sei notwendig, jedoch ist ein Versuch bisher fehlgeschlagen. Insbesondere die Heilmittel-

industrie habe auf eine bescheidene Erhöhung des Hauptverbandes eine ablehnende Stellung eingenommen. Man hätte von Herren, die sich Wirtschaftsführer nennen, mehr Einsicht erwarten dürfen. Die Krankenversicherung müsse den veränderten Grundlagen der Wirtschaft angepaßt werden. Unbedingte Voraussetzung ist aber dabei, daß die Erhaltung des Gesundheitsgutes des deutschen Volkes nicht angeht. Deshalb werden alle Eingriffe, die wesentlichen Leistungen der Krankenversicherung einschränken wollen, abgelehnt. Wenn der Gesetzgeber bereit sei, diese Gedanken zur Grundlage seines Handelns zu machen, dann sei die Krankenversicherung in ihrem Grundgedanken nicht gefährdet.

Mit der Annahme der Leitsätze des geschäftsführenden Vorsitzenden mit übergroßer Mehrheit war die Arbeit der ersten Vertreterversammlung des Verbandes Deutscher Krankenkassen beendet.

Auszeichnung des Baugewerksbundes auf der Bauausstellung.



Wie wir bereits in Nr. 32 des „Grundstein“ mitteilten, hat der Reichsarbeitsminister unsern Bund für die Kaiserbauausstellung, an der unter Führung unseres Bundes außer dem Verband sozialer Baubetriebe, der frühere Zentralverband der Dachdecker, der Fabrikarbeiterverband, der Bund der Deutsche Werkmeister-Verband, die Arbeiterbank, die Hannoverische Bodenkreditbank und die Deoga beteiligt waren, den Ehrenpreis des Reichsarbeitsministeriums für besondere Leistung verliehen. Wir zeigen die Ehrenurkunde und die Medaille oben in bildlicher Wiedergabe.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: In Wuppertal in Hesse (Baugewerkschaft Frankfurt/M.) wird gestreikt; ebenso stehen in Großhain die Kollegen wegen willkürlicher Lohnherabsetzung durch unorganisierte Unternehmer im Streik. Gelpert sind: das Abbruchgeschäft von August Erich, Baustelle Dynamitfabrik bei Gesehacht, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; die Firma Wenzel Schmalz in Embden wegen Tarifbruch; der Umbau der Expeditionssirma Kähler in Jhehoe; wegen Herabsetzung des Tariflohnes die Regierarbeiten der Mineralöl- und Asphaltwerke in Hermer bei Brunstüttelhof (Baugewerkschaft Jhehoe); die Firma Gelpert in Jhehoe bei Hohenmühlen (Baugewerkschaft Jhehoe); die Firma Georg Reumann in Reustadt a. d. S.; die Firma Rodus Volker in Mailkammer; ferner die Firmen Jakob Schneider, Witte Philipp Doll und Gebrüder Johannes Scherr in Edenkoben (sämtlich Baugewerkschaft Reustadt a. d. S.)

„Die Baraber vom Walchenseer.“

Das Buch vom Leben und den Kämpfen der Arbeiter beim Bau des großen Kraftwerkes zwischen Walchen- und Kogelsee.

Die Sturmzeit der bairischen Käserregierung, die Notzeit der Infaktion wird in der Erzählung vom Leben und Treiben der „Baraber“ lebendig. Aber auch eine lebendige Vorkerstung von den unglücklichen Mäßen und der harten Arbeit, unter denen die Wunder der Technik entstehen, vermittelt das fesselnd geschriebene Buch.

300 Seiten, in Leinen gebunden. Für Bundesmitglieder 3,- M. Bestellung bei den Baugewerkschaftsvorständen.

Holierer: Gelpert ist die Holierfirma Ritter, Kiel, Hafentstraße, wegen Zahlung untertariflicher Löhne.

Töpfer: Gelpert sind: In Crimmitschau die Firma Seizinger, in Halle/S. Wilhelm Etzsch, in Söbenstein-Crimmitschau Eugen Wolf, in Zeitz die Ofenschäfte Gustav Zeumann, Gustav Schönke und Böhm. Die Ofenschäfte der Zementfabrik Brüderhaus in Newitz (Baugewerkschaft Robenz) stehen wegen Nichtzahlung des Tariflohnes im Streik.

Aus der Sozialgesetzgebung

Berufsübliche Arbeitslosigkeit. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat verordnet, daß Artikel 2 der Verordnung über berufsübliche Arbeitslosigkeit vom 18. November 1929 in folgender Fassung angewendet ist: Den Berufen oder Gewerben, in denen eine regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit nach Artikel 1 für berufsüblich erklärt ist, sind diejenigen Arbeitslosen zuzurechnen, die in solchen Berufen oder Gewerben in den letzten 52 Wochen ihrer versicherungspflichtigen Arbeitnehmerfähigkeit vor der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Erwerb der Anwartschaft folgt, mindestens 26 Wochen tätig gewesen sind. — Absatz 2 der Verordnung über berufsübliche Arbeitslosigkeit vom 18. November 1929 ist in folgender Fassung anzuwenden: Berufsübliche Arbeitslosigkeit für das Gebiet des Reichs wird anerkannt für Angehörige der nachstehend unter B aufgeführten Berufsarten, sofern sie in den letzten 52 Wochen ihrer versicherungspflichtigen Arbeitnehmerfähigkeit vor der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Erwerb der Anwartschaft folgt, mindestens 26 Wochen in Betrieben der nachstehend unter A bezeichneten Art tätig gewesen sind. — Diese Änderungen sind am 7. September 1931 in Kraft getreten. Arbeitslose, die ihre letzte Unterfertigung vor diesem Tage in der Sonderregelung der berufsüblichen Arbeitslosigkeit zu erhalten hatten, bleiben bis zur Eröffnung ihres Unterfertigungsanspruchs in der Sonderregelung, falls sie nicht vorher den Erwerb einer neuen Anwartschaft nachweisen.

Aus den Baugewerkschaften

Gleisw. (Betrag oder falsche Kalkulation?) Immer mehr häufen sich die Fälle, in denen die Arbeiter ihre geringen Lohn nicht mehr erhalten. Dies ist besonders bei den Tief- oder Kraftwerksarbeiten festzustellen. Es wäre Pflicht der Arbeiter, die Kalkulation der Vergütung, die ihnen zufließen soll, richtig über nur deshalb aufgestellt ist, um unter allen Umständen die Arbeit zu erhalten. Es dürfte demnach bei Subventionen nicht mehr nach dem Willigen gesehen, sondern schon im voraus dafür gesorgt werden, daß die Gewähr vorhanden ist, daß der Arbeiter bei diesen Arbeiten auch seinen Lohn erhalten kann. So hat das Landeskulturamt Arbeiten an die Firma Ruyher in Oppeln vergeben, bei denen ein großer Teil der Arbeiter den Lohn gar nicht oder nur verspätet erhält. Bei der derzeitigen Notlage kann ein Arbeiter unmöglich 3 bis 4 Wochen auf seinen Lohn warten; auch bei einer Klage vor dem Arbeitsgericht wird er den verdienten Lohn nicht so schnell genug erhalten können. Von der Oberösterreichischen Knappschicht wird die Friesenfirma Drania beschäftigt. Bei dieser Firma haben bis jetzt 3 Friesenarbeiter für 600 M. Arbeit geleistet aber erst 120 M. als Abschlagszahlung dafür erhalten; der Rest muß dem Arbeitsgericht eingeklagt werden. Außerdem betreibt die beklagte Firma dabei eine Verschleppungspolitik, die auf das schärfste zu verurteilen ist. Solche Firmen sollten von den öffentlichen Körperschaften nicht mehr zur Subvention zugelassen werden. Dies wäre nötig nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch im Interesse der anständigen Unternehmer.

Königsberg i. Pr. (Rund um die Bedürftigkeit) Durch Vorberordnungen am laufenden Band ist die deutsche Arbeiterkraft, soweit sie insbesondere vom Produktionsprozeß ausgeschlossen ist, insofern die Bedürftigkeit hineingezogen. Besonders die Vorberordnung vom 3. Juni hat einen Zustand geschaffen, der, soweit er keine praktischen Auswirkungen zeigt, geradezu nach Abhilfe schreit. Da ist bekanntlich die Bedürftigkeitsprüfung bei den Jugendlichen unter 21 Jahren. Sie haben nach § 87 Abs. 2 ArbZG. nachzuweisen, daß ihnen kein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch gewährt ist, nur dann erhalten sie die Unterfertigung. Bei der Feststellung solcher Unterhaltsansprüche verfahren die Arbeitsämter streunend nach den Weisungen des Herrn Präsidenten des ALA. sehr einfach, und zwar bildet die nach der Fürsorgeverordnung maßgebliche Prüfung der Bedürftigkeit die Grundlage. Trotz des Schreibens des Herrn Präsidenten der Reichsanstalt vom 22. Juni, worin gelangt ist, daß es für unbedenklich erachtet wird, sich bei der Prüfung der Bedürftigkeit an die Grundfrage, die für die Frau, haben, anzuhalten, und trotz der Entscheidung 3009 § 87 Abs. 2 ArbZG. wird in allen Fällen der Artikel 7 der Verordnung über die Krisenfürsorge vom 11. Oktober 1930 angewendet, obwohl hier gelangt ist, daß dem Arbeitslosen die Unterfertigung ganz oder teilweise verweigert werden kann, wenn bei einer der Umstände die Annahme rechtfertigt, daß Bedürftigkeit nicht vorliegt. — So wird aus den gesetzlichen Bestimmungen das gerade Gegenteil dessen, was der Gesetzgeber wollte. Die Arbeiterkraft hat unter solchen Verhältnissen nur zu sagen, daß ihre Lebenseristenz mutwilligerweise und ohne Grund verschleht wird durch jene, die berufen sein müssen, den ohnehin arg zuglammengeschöpften § 8 des ArbZG. eine möglichst weitestgehende, soziale Auslegung zu geben. Es sind in der eben umschriebenen Frage mit dem ALA. Oberzellen schon eine Reihe Verhandlungen geführt worden. Erfolgt wurde nichts, und man kann sich die Eindrücke nicht erwehren, daß hier böser Wille vorliegt. Mit voller Ablicht sollen diese Zeilen dem Herrn Präsidenten der Reichsanstalt Anlaß geben, hier einzugreifen. Wir glauben sonst an ein erschüttertes Prestige des Herrn Präsidenten und vor allem an ein wirres Durcheinander, wenn wir feststellen, daß in anderen Bereichen der Reichsanstalt diese Fragen in gutem Sinne für die Arbeiterkraft geregelt sind.

Reife D.-S. Hier wird seit ungefähr 11 Wochen am Bau einer neuen Reisbrücke gearbeitet. Auftraggeber sind

der Staat und die Provinz Oberpfalz. Den Bau führt eine Arbeitsgemeinschaft aus, bestehend aus den Firmen Kaller & Stachnia, Kierbach & Co. in Weuhen. Die Arbeit selbst ist als Vollstandsarbeit erklärt worden. Neben einigen Stammlern sind dort Leute, zum Teil Bauarbeiter, vom Arbeitsamt Weuhen untergebracht worden. Mit diesen Arbeitern wird in eigenartiger Weise umgegangen. Der Bauarbeiter, ein Regierungsbauarbeiter a. D., Herr Hamberger, und der Poller Strohhaken sind hierfür als ganz besonders geeignet. In erster Linie hagelte es Verbote. Zunächst wurde das Rauchen, dann sogar das Sprechen verboten. Einem Arbeiter wurde sogar das Betreten des Abores verweigert. Die Folge war, daß sofort eine Betriebsvertretung gewählt wurde, die von da an fast ausschließlich um die Durchführung der tarifvertraglichen Bestimmungen zu kämpfen hatte. Herr Hamberger sagte nämlich, der Tarif sei nicht maßgebend, sondern der Spdnismus von Arbeitgeber und Arbeiter. Natürlich galt der Kampf dieser arbeitserfreundlichen Herren nunmehr auch der Betriebsvertretung. Zu diesem Zweck wurden sogar der Landesbaupfandmann und die Provinzialregierungsstellen in Bewegung gesetzt. Man erzählte etwas von angeblicher passiver Resistenz und verlangte die Entfernung der Arbeiterkollegen von der Arbeitsstelle und ihre Abführung durch ortsfremde Arbeiter. Am 2. September war dann im Landratsamt Weuhen eine Sitzung. Hierzu waren Vertreter der Regierung, des Landesamts, der Leiter des örtlichen Arbeitsamts, einige Vertreter der Firma und Vertreter des Baugewerksbundes und des Zimmererverbandes erschienen. Die Vertreter der Firma verlangten vor allem, daß der Kollege Krenz von der Betriebsvertretung entfernt werde, weil er bei jeder Gelegenheit auf den Tarifvertrag pochte. Die Herren wurden nachdrücklich belehrt, daß der Tarifvertrag unter allen Umständen eingehalten werden müsse. Der sauber ausgelegte Plan wurde zu Wasser und so mußten die Herren, ohne ihren Zweck erreicht zu haben, als betäubte Kogger abziehen. Der Verfall aber bewies, daß durch eine gute Betriebsvertretung und ein geschlossenes Zusammenarbeiten mit der Gewerkschaft für die Arbeiter ein großes Wertvolles geleistet werden kann. Deshalb rufen wir allen uns noch fernstehenden Kollegen zu, sich im Baugewerksbund zu organisieren und an der Beseitigung vorhandener Mißstände fleißig mitzuarbeiten. Die Betriebsvertretung gebenede Rechte sind dazu da, von ihnen Reflexion auszusenden zu werden. Siegen. (Schiffelbe W. o. f. o. h. o. r. n.) Am 16. August konnte unser Kollege Wilhelm Wilsler auf 25 Jahre Zugehörigkeit zu unserer Organisation zurückblicken. Aus diesem Anlaß war eine schlichte Feier veranstaltet worden. Kollege Wilhelm Stamm aus Siegen würdigte in einer Festansprache die Verdienste des Jubilars um unsere Organisation. Er ist langjähriges Vorstandsmittglied der Baugewerkschaft Siegen und pflichterfüllter Kassier der Zahlstelle Siegen. Alle Kollegen müssen in dem Jubilär ein Vorbild sehen und treu zur Organisation stehen, jeder müsse ein auf sich selbst einen solchen Ehrentag erleben. Mit warmem Dank und ehrender Anerkennung wurde dem Jubilär die Ehrenkette überreicht. Vom Vorsitzenden der Baugewerkschaft, dem Kollegen Christian Grebe aus Weuhen, wurde dem Jubilär die Ehrennadel angeheftet. Der Arbeiterjugendverein in Weuhen ehrte den Jubilär durch stimmungsvolle Liebeserträge. Mit einem gemütlichen Beisammensein endete die schöne Feier.

Zeitsbes. Kommunisten als Freie
Die von unserer Baugewerkschaft zu Ehren unseres Kollegen Hermann Damer, der auf eine fünfundzwanzigjährige Mitgliedschaft zurückblicken kann, veranstaltete Jubilärfest nahm durch das Verhalten einiger Kommunisten einen unangenehmen Verlauf. Da sie der Meinung waren, sich nicht den Anordnungen der Festleitung fügen zu brauchen, entstand schon zu Beginn ein Streit, der aber durch das energische Eingreifen des Kollegen Lichtwald noch gelöscht werden konnte. In seiner Ansprache ließ Kollege Krowas, Strauß, die Entstehung und Entwicklung des Baugewerksbundes vor Augen führen und wies dabei auf die jüngsten Satzungsänderungen, die notwendig waren, da es keinen anderen Ausweg gab, die Organisation lebensfähig zu erhalten. Gerade in dieser schweren Zeit müssen wir zeigen, daß wir Kämpfer sind und fest und treu zur Organisation stehen. Mit einem dreifachen Hoch auf Jubilär und Bund schloß Krowas seine Ausführungen. Kollege Lichtwald überreichte darauf dem Jubilär Ehrenurkunde und silberne Nadel, mit dem Wunsch, daß er sich noch recht lange besser Gesundheit erfreuen möge. Dann ging es zum gemütlichen Beisammensein über. Hierbei wurde die Moskaufrüher nicht beachtet, immer wieder den Versuch zu unternehmen, das Fest zu stören. Mit den Rufen „Krot-Frot“ und „Hell Moskau“ und mit den Drohungen, die „Verdräcker“ zu „Gebäckten zu machen“, wurden unsere Kollegen immer wieder angepöbeln. So kam es erneut zu einem Streit, bei dem leider dem Jubilär, der versuchen wollte, den Streit zu schlichten, von einem seligen Würschen, der sich im Hinterhalt befand, mit einem Stuhlbein eine klaffende Kopfverwundung beigebracht wurde. Zur durch das beunruhigende Verhalten unserer Kollegen konnte größere Aufmerksamkeit verleiht werden. Stuhlbeine, Bierflaschen, Schlagringe waren die Waffen, mit denen diese jugendlichen, noch recht dummen Würschen hinterhältig unsere Kollegen bearbeiten wollten. Es war bei ihnen beschlossene Sache, die Feier zu sprengen, wie es schon in der letzten Mitgliederversammlung versucht wurde, was ihnen gelungen wäre, wenn nicht unsere Kollegen auf dem Posten gewesen wären. Für diesen Abend hatten die Kommunisten ihre ganze Anhängererschaft „mobilisiert“. Wie sie hatte von den Fenstern Auffstellung genommen und riefen lauten Schreies immer mal den Lichtwald raus. Auf ihn hatten sie es besonders abgesehen. Erstreckte er sich ihnen dieser Plan nicht geläufig. Erstreckte er sich ihnen dieser Plan nicht geläufig. Erstreckte er sich ihnen dieser Plan nicht geläufig.

lung mußte abgebrochen werden. Die Kommunisten sagten dann für sich und arbeiteten einen Angriffsplan aus. Die Kollegen Kurt Haupt, Kurt Haupt und Ernst Pfeffer wurden aus unserem Bund ausgeschlossen. Zu der nächsten Versammlung am 18. Juli war Kollege Seidel, Berlin, erschienen, um einen Vortrag zu halten. Die KP-Disten verlangten, daß die Ausgeschlossenen zugelassen würden. Nachdem dies abgelehnt war, erklärte der Sprecher Erbe, daß sie den Referenten nicht zu Wort kommen lassen würden, und sie inszenierten dann einen Skandal. In der Geschichte unserer örtlichen Organisation haben wir etwas Gleichartiges noch nicht erlebt. Am 30. August war wiederum Kollege Seidel erschienen. Die linientreuen Leberrevolutionäre wollten daselbe Schauspiel wiederholen. Diesmal hatten sie sich aber verrechnet. Die Kollegen, die sich nicht ihre gute Organisation verschlafen lassen wollten, waren in größerer Zahl anwesend und erzielten den Rationalkommunisten eine kräftige Abfuhr. Nämlich betöppert verließ darauf etwa ein Dutzend ihrer Männer den Saal. Dann konnte die Versammlung in mühseliger Weise durchgeführt werden. Die Ausführungen Seidels über das Thema „Am die Einheit unseres Bundes“ wurden beifällig aufgenommen und in der Aussprache noch unterfüttert. Gerade jetzt ist es notwendig, denn je eine gute Organisation. Trotz katastrophaler Arbeitslosigkeit darf die Bauarbeiterchaft, die sich seit Jahrzehnten mühselig aufgebaut hat, nicht den Glauben an ihre Kraft verlieren!

Aus den Fachgruppen

Jöflerer.
Hannover. In der Monatsversammlung am 30. August berichtete Kollege Kleinberg über die Bezirkskonferenz. Man müsse den Maßnahmen des Bundesbeirats zustimmen, um die Organisation kampffähig zu erhalten. — In der Aussprache wurde anerkannt, daß der Bundesbeirat, durch die Werksmittel gesparten zu werden mußte. Es wurde noch auf die große Arbeitslosigkeit hingewiesen. 90 % der Kollegen sind arbeitslos. Es ist deshalb zwecklos, daß Kollegen von außerhalb nach Hannover kommen und versuchen hier Arbeit zu erhalten. Durch das Leberangebot glauben einige Firmen den Tarifvertrag umgehen zu können. Es muß immer wieder festgelegt werden, daß einzelne Firmen auch versuchen, die Kollegen zur Arbeit zu überreden. Was jetzt sind alle Versuche der Unternehmer, den Tarifvertrag zu umgehen, abgewiesen worden. Dies würde aber schwerer sein, wenn auswärtige Kollegen versuchen, hier Arbeit zu bekommen. Wir weisen nochmals darauf hin, daß Jöflerer nur durch die Gewerkschaft vermittelt werden. — Troßdem die Arbeitslosigkeit groß ist, ist die Stimmung der Kollegen gut.

Löpfer und Fliesenleger.
Sparname Wärmewirtschaft im Haushalt. In der Potsdamer Straße 128b zu Berlin ist eine neue Anlage über „Sparname Wärmewirtschaft im Haushalt“ errichtet worden. Besuchen werden die Ursachen für Wärmeverluste im Haushalt; insbesondere will man die Hausverluste um eine zweifache Bedienung von Ofen und Herd und die richtige Verwendung der Brennstoffe aufklären. Besonders interessieren die Modelle zum Umbau veralteter Kachelöfen, um erhöhte Heizleistung und geringeren Brennstoffverbrauch zu erzielen. Außerdem zeigt eine Anzahl kleiner keramischer Modelle aus dem Besten Museum, wie der neuzeitliche Kachelofen trotz einfacher Formgebung durch seine lebende Frakturwirkung ein heutzutage und als Zimmerdekor nicht verächtliches Dekorationsmaterial wird unentgeltlich verteilt. Führungen sind Mittwochs von 16 bis 18 Uhr und Sonnabends von 13.30 bis 15.30 Uhr. Vorträge werden ebenfalls gehalten, darunter Filmvorführungen an jedem Dienstag und Freitag um 17 Uhr im Vortragssaal der Feuerlöschleit der Provinz Brandenburg. Am Karlsbad 3. Die Ausstellung in der Potsdamer Straße währt bis zum 28. September und ist werktäglich geöffnet von 10 bis 18 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Wer unser Bund stärkt, stärkt sich selbst!
Für die Woche vom 13. bis 19. September ist der 38. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

Zur Lohnbewegung im offpreussischen Ofenfelegewerbe.
Am 1. September fällt das verklärte Tarifamt folgenden verbindenden Schiedspruch: „Die im 3. des Lohn- und Arbeitsvertrages vom 2. Juli 1930 genannten Stundenlöhne werden um 10 % abgebaut. Der bis zum 31. Juli 1930 gültig gewesene Akkordtarif wird mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt, daß die in ihm enthaltenen Sätze um 15 % durchgehend gekürzt werden. Die neuen Bestimmungen treten in Kraft mit Wirkung vom 20. August und gelten bis zum 31. Juli 1932.“ Mit diesem Spruch beginnt für die Ofenfeleger in Ostpreußen nicht nur ein neuer Tarifabschnitt, sondern auch die Auseinandersetzung mit den aufgeregten Unternehmerverbänden um diesen Spruch, weil sie an ihm nicht mitgenommen haben. Kämpfe werden kaum ausbleiben. Wir verpflichten unsere Ofenfelegerkollegen, sich gegen eine weitere Verschlechterung ihrer Lohnlage zu wehren. Wo die Meister unter dem Schiedspruch entlohnem wollen, ist den Baugewerkschaften davon Mitteilung zu machen, die dann nach Verständigung mit der Bezirksleitung die entsprechenden Abwehrmaßnahmen treffen werden. — Ostpreußen wird also für die nächsten Wochen für die Ofenfeleger Kampfboden sein. Kollegen aus dem Reich sollen Ostpreußen nicht aufsuchen, zumal auch ohnedies die Arbeitsgelegenheit sehr schlecht ist.

Oberpfalz. Am 6. September nahm in Weuhen eine Ofenfelegerkonferenz Stellung zu dem von der Lohnkommission ansonstensten Tarifvertrag. Nachdem Kollege Ernst Grebe berichtet und die Kollegen auf die Schwierigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse, die beim Abschluß des Tarifvertrages sehr hindernd waren, hingewiesen hatte, wurde der neue Vertrag einstimmig angenommen. Er ist mit dem 1. September in Kraft getreten und endet am 30. Juni 1932. Daß die Unternehmer erst jetzt einen Lohnabbau durchsetzen konnten, liegt an dem guten Nachtverhältnis der Ofenfeleger, die zu fast 100 % organisiert sind. — Als Fachgruppenobmann der Ofenfeleger wurde an Stelle des bisherigen Odmannes Hugo Kucharczyk, der dieses Amt bisher fast zwei Jahrzehnte gewissenhaft verwaltet hat, der Kollege Traugott May in Oletow gewählt.

Abrechnung des Deutschen Baugewerksbundes über das II. Quartal 1931.

Einnahmen.	
An Beiträgen	2 155 320,25 M
Streiftbeiträgen	337,—
Für Mitgliedsbücher	2 088,75
„ Erschließung	219,00
„ Kalender	923,55
„ Protokolle	1 453,20
„ Buchhüllen	732,30
„ Markenmappen	70,10
„ Bauabnbücher	493,40
„ Modellbauzeitschrift	404,10
„ Bundesnadeln	340,65
„ Persönliche Schriften	119,55
„ Briefe	32 418,81
„ Kalenberangeigen	100,—
Vom Dachdecker-Verband	884 795,23
Zurückgezahlte Kapitalien	880,70
Sonstige Einnahmen	923,10
Summa	3 064 016,29 M

Ausgaben.	
Für „Grundstein“, „Jungvolk“ und „Bau- Zeitschrift“	176 282,51 M
„ Bauzeitschrift“	3 075,30
„ Gewerkschaftszeitung“ und „Gewerk- schaftliche Frauenzeitung“	11 090,63
„ Agitation und Aufschwung an die Bezirks- kassen“	136 161,34
„ Streiks und Bauperrern“	937 068,71
„ Verhandlungen“	7 516,44
„ Unterfertigung an Arbeitsloje“	783 029,44
„ „ „ Kranke“	129 905,08
„ „ „ Invalide“	309 077,50
„ „ „ Wanderversicherung“	26 251,60
„ „ „ in Sterbefällen“	161 110,25
„ „ „ Rechtschutzsachen“	19 016,30
„ Verwaltungsaufschwung an Baugewerk- schaften“	21 472,42
„ Konferenzen und Sitzungen“	27 203,12
„ Unterrichtsunterstützung“	34 084,68
„ Beirat an den DVOB“	34 230,95
„ „ die Bauarbeiter-Internatio- nale“	11 560,70
„ Bibliothek“	2 866,19
„ Schriften“	20 084,43
„ Jugendheimmaterial“	1 015,98
„ schiedliche Verwaltungskosten“:	
a) Druckkosten	8 626,94
b) Beitragsmarken	2 298,—
c) Tarifverträge	2 934,50
d) Ausstellungsmaterial	207,—
e) Zeichnungen	200,—
f) Lichtbildmaterial	2 776,95
g) Filmkonte	5 249,98
h) Autos und Material	7 856,66
i) Ehrung der Jubilare	1 798,50
k) Büroeinrichtung, Licht, Miete	22 527,89
l) Bürobeitrag und Zeitungs- abonnements	7 362,68
m) Porto, Fracht und Extrapost	6 797,20
n) Fernspreckgebühren	2 720,98

Für persönliche Verwaltungskosten:	
a) Gehalt der Vorstandsmittglieder	26 724,—
b) Gehalt der Bürohilfsarbeiter und Arbeiterinnen	74 530,15
c) Bundesauschuss	400,—
d) Revision der Bundeskasse	385,80
e) Revision der Baugewerkschaften	758,85
f) Verpflegung sämtlicher Angehörigen und ehrenamtlich tätigen Kollegen des Bundes	89 106,67
Anteil der Baugewerkschaften an den Jugendmarken	24 935,93
Summa	3 141 147,28 M

Bilanz.	
Einnahme	3 064 016,29 M
Ausgabe	3 141 147,28 M
Mehrausgabe	77 130,99 M

Berlin, den 5. September 1931.
Ray Siebler, Kassier.
Vorsteher der Rechnungsabteilung ist von uns revidiert und mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Bundesvermögen ist uns nachgewiesen oder in bar vorgelegt worden.
Die Revisoren:
E. Hellmuth, Aug. Warfenberg,
Philipp Werner, Wilh. Falz.

Jeder Kenner weiß:
GEG-RAUCHTABAKE
sind gehaltvoll, mild u. aromatisch.
Sie bieten für wenig Geld etwas Erlesen.
Gutes
GEG-RAUCHTABAKE
nur aus deinem
KONSUMVEREIN

